

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 7 Juli 2008 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Höhenflug oder Niedergang?

In dieser Ausgabe:

Versorgung im Einsatz:
Es muss nicht immer Kaviar sein

13. Deutscher Präventionstag:
Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft

Jugendkriminalität:
Hauptamtliche Jugendbeamte gefordert

Bildung und Mobilität:
Übergänge mit Hindernissen –
Was ist los an deutschen Schulen?

Entgeltgleichheit:
Ich bin mehr wert!

Junge Gruppe

Es muss nicht immer Kaviar sein



Verpflegung und Unterbringung bei polizeilichen Einsätzen sind sowohl Führungsaufgaben als auch Schwerpunkte der Arbeit der Gewerkschaften und Personalräte. Eine GdP-Arbeitsgruppe stellte Defizite fest und daraufhin Forderungen auf.

Seite 26

Ich bin mehr wert!



Frauen-Bruttolöhne liegen in Deutschland um mehr als ein Fünftel unter denen der Männer. Ursachen dieser Ungerechtigkeit und Möglichkeiten zur Abhilfe wollen jetzt die DGB-Frauen aufzeigen.

Seite 31

Vom Streifenwagen auf den Laufsteg



So schön kann Polizei sein ...

Seite 37

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Rechts braucht demokratisches Paroli	4
FORUM	4/5
TITEL/RECHTSEXTREMISMUS Die NPD – Höhenflug oder Niedergang?	6
Spots gegen Rechts	16
„Argumente gegen Rechts“	17
Wie rechte Kader schachmatt gesetzt werden können	19
13. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft	23
MESSE Erfolgsbilanz der GPEC 2008 in München fortgeführt	25
VERSORGUNG IM EINSATZ Es muss nicht immer Kaviar sein	26
ANKÜNDIGUNG Nicht nur für Polizistinnen	27
JUGENDKRIMINALITÄT GdP-Fachtagung „Was tun gegen Jugendgewalt?“	29
Hauptamtliche Jugendbeamte gefordert	30
ENTGELTGLEICHHEIT Ich bin mehr wert!	31
BILDUNG UND MOBILITÄT Übergänge mit Hindernissen	33
MISSES GERMANY Vom Streifenwagen auf den Laufsteg	37
JUNGE GRUPPE	38
BÜCHER	40
IMPRESSUM	40

PERSONALRATSWAHLEN 2008:

Erfolgskurs ungebremst

Auf klarem Erfolgskurs präsentiert sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach fünf von sechs Personalratswahlen im Jahr 2008. Bevor Ende des Jahres die Berliner Polizeibeschäftigten zur Wahl aufgerufen sind, haben ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundeskriminalamt, in Bremen, Niedersachsen, Hessen und zuletzt in Nordrhein-Westfalen schon die Weichen für eine weitere GdP-dominierte Personalratsarbeit gestellt.

Sieg bei Nachwahl

In Bremen musste Mitte Juni der Personalrat der Polizei wegen des Rücktritts bereits gewählter Kandidaten einer konkurrierenden Liste noch einmal gewählt werden. Die GdP konnte bei der Wiederholungswahl im Vergleich zur ersten Wahl

ergebnis ist dies nun weitere Motivation, um sich dem Dienstherrn und seinen Plänen zu stellen. Unsere Kolleginnen und Kollegen können darauf vertrauen, dass wir nicht locker lassen.“

NRW bleibt grün!

Vor der großen Pause bis zu den Berliner Personalratswahlen waren die nordrhein-westfälischen Polizeibeschäftigten Anfang Juni zum Urnengang gebeten worden. Mit dem Zugewinn von zwei Sitzen im Beamtenbereich auf insgesamt zehn und dem Besetzen des Sitzes der Tarifbeschäftigten errang die GdP bei zwei Sitzen für den Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und zwei Sitzen für die DPoIG im NRW-Polizeihauptpersonalrat die absolute Mehrheit. Aber auch in den örtlichen Personalräten sorgte die GdP für klare Verhältnisse, so konnten mit Bielefeld und Lippe zwei Personalräte zurückgewonnen werden. Der zukünftige Personalrat in Ennepe-Ruhr besteht sogar ausschließlich aus GdP-Vertretern. Wacke-

Ende Februar 2008 bei den Beamten sogar noch einen Sitz zulegen und verfügt nun mit insgesamt zwölf Sitzen über eine absolute Mehrheit gegenüber der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (DPoIG) und der Liste „Wir mit Euch“. Schon bei den eigentlichen Personalratswahlen Ende Februar blieben die meisten Personalräte im Bereich der Ordnungsämter und Polizeien des Landes Bremen fest in GdP-Hand. Horst Göbel, Landesbezirksvorsitzender der GdP-Bremen: „Wir haben die Zeit zur Neuwahl und die damit verbundene Chance genutzt, um unsere Positionen und Ziele weiter zu schärfen. Der zusätzlich errungene Sitz zeigt, dass wir Beschäftigte davon überzeugen konnten, auf die Durchsetzungsfähigkeit und die Entschlossenheit der GdP zu vertrauen. Nach dem schon guten Februar-Er-

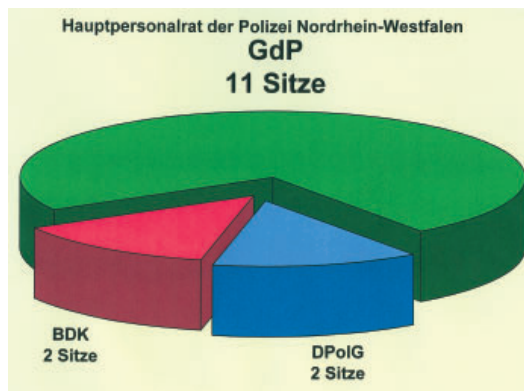
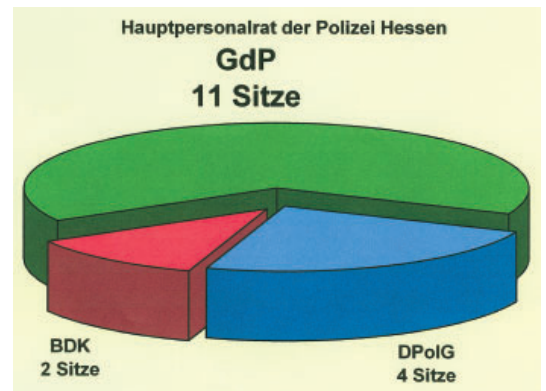
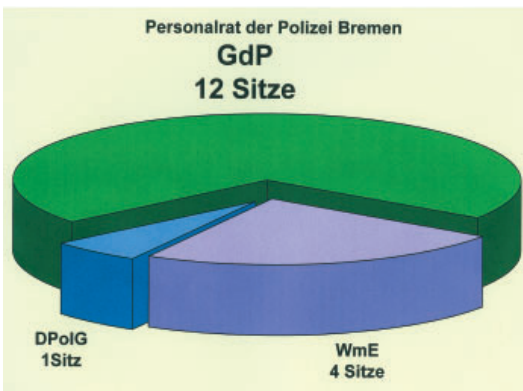
gebnis ist dies nun weitere Motivation, um sich dem Dienstherrn und seinen Plänen zu stellen. Unsere Kolleginnen und Kollegen können darauf vertrauen, dass wir nicht locker lassen.“

lige GdP-Personalratsmehrheiten sind neben vielen anderen örtlichen Personalräten weder in Recklinghausen, Gelsenkirchen, Köln, Bonn, Aachen, Wuppertal, Essen, Duisburg, Hagen, Dortmund noch Bochum zu erwarten.

Frank Richter, nordrhein-westfälischer GdP-Landesbezirksvorsitzender: „Das Votum unserer Wählerinnen und Wähler unterstützt unsere kompromisslose Linie in Sachfragen. Dieser klare Vertrauensbeweis ist Anerkennung und Lohn dafür, dass wir gegenüber der Politik keine Zugeständnisse gemacht haben.“ Vor allem die Themen „Gesundheitsmanagement“, „Arbeitszeit“ und „Zweigeteilte Laufbahn“ hätten die Kolleginnen und Kollegen beschäftigt. In den Gesprächen und Verhandlungen mit der Landesregierung habe die GdP stets für eine „gemeinsame Polizei“ argumentiert. Frank Richter: „Wir machen hier keine Klientelpolitik auf Kosten anderer Beschäftigter.“

Absolute Mehrheiten in Hessen

Absolute Mehrheiten in allen Polizeibehörden wie auch im Hauptpersonalrat verliehen die Beschäftigten der hessischen Polizei den GdP-Vertretern in der Personalratswahl Ende Mai. Diesen



Vertrauensvorschuss nähmen jetzt die GdP-Personalräte mit in ihre Gremien, so Jörg Bruchmüller, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Hessen. Und: „Dieses großartige Ergebnis verdanken wir auch dem Gefühl der Beschäftigten, dass es nur die GdP ist, die durch die Bank alle Beschäftigten der Polizei vertritt. Wir haben beispielsweise mit unserer Postkartenaktion gegen die Rotstiftpolitik Roland Kochs unsere Kampfkraft und unser Engagement für die Beschäftigten spür- und erlebbar gemacht. 40.000 Menschen schlossen sich unserer Kritik an. Das Gleiche gilt für die zahlreichen Protestveranstaltungen während des hessischen Landtagswahl-



kampfes.“ Die GdP habe in der zuweilen am unteren Rande der Gürtelschnalle geführten Auseinandersetzung mit dem hessischen Innenminister Volker Bouffier nicht zurückgezogen. Letztlich konnte dem Innenminister öffentlich nachgewiesen werden, dass er für den Personalabbau bei der hessischen Polizei Mitverantwortung trage. Bruchmüller: „Wir haben klare Positionen und nunmehr weitere vier Jahre Zeit und Gelegenheit, für die Beschäftigten und ihre Belange einzustehen.“

Tatort Niedersachsen

Nicht auf ihren Erfolgen ausruhen wollen sich die Anfang April in Niedersachsen mit klarem Wählerauftrag ausgestatteten Personalräte. Trotz zahlreicher Erfolge, wie der Einführung und Vollendung der zweigeteilten Laufbahn und einer großen Anzahl von Beförderungen in 2007 gebe es,

gen Rückenwind, um uns dem eisernen Sparkurs auf dem Rücken der Beschäftigten vehement zu widersetzen.“ Sieben von elf Sitzen konnte die GdP im niedersächsischen Polizeihauptpersonalrat erringen. BDK und DPoIG teilen sich die verbleibenden vier auf.

Eine für alle

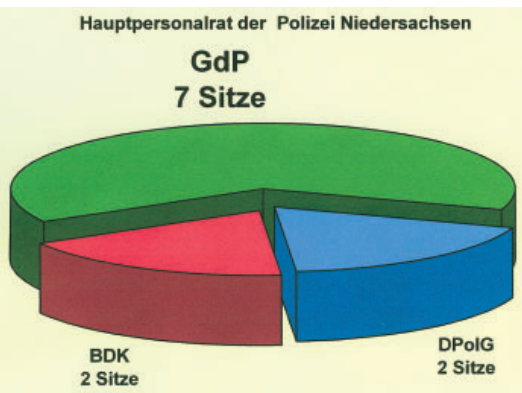
Dass die GdP tatsächlich „EINE für ALLE“ ist, demonstriert das Ergebnis der Anfang März abgehaltenen Personalratswahlen für die Beschäftigten des Bundeskriminalamtes. Jeweils fünf Sitze für den Beamten- und für den Tarifbereich errang die GdP im neu zusammengestellten Gesamtpersonalrat (GPR). Diese zehn Sitze schrammten zwar denkbar knapp an der absoluten Mehrheit von elf Sitzen vorbei, doch kann mit diesem guten Ergebnis die GdP den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter im GPR stellen. Die übrigen Sitze teilen sich insgesamt fünf Organisationen und Listen, darunter der BDK mit zwei Sitzen bei den Beamten. Jürgen Vorbeck, Vorsitzender des Bezirks Bundeskriminalamt: „Der Erfolg freut uns natürlich, doch sorgte die niedrige Wahlbeteiligung für einen Wermutstropfen.“ So hatten beim BKA Wiesbaden nur 50 Prozent beider Beschäftigtengruppen gewählt, von den BKA-Beamten in Berlin sogar nur 41 Prozent. Vorbeck: „Die Personalvertretung stellt ein wichtiges Gegengewicht des Einzelnen gegen einen manchmal übermächtig erscheinenden Dienstherrn dar. Die geringe Wahlbeteiligung im Bundeskriminalamt lässt eigentlich nur den Schluss zu, dass diejenigen, die nicht zur Wahl gegangen sind glauben, sie könnten alle entstehenden Konflikte alleine mit dem Dienstherrn lösen.“ Dies sei ein Irrglaube, so der BKA-Bezirksvorsitzende. Der Dienstherr müsse über eine hohe Wahlbeteiligung die Solidarität

der Beschäftigten nach innen spüren. Flankiert werden müsse dies über die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, also einer Solidarität nach außen.

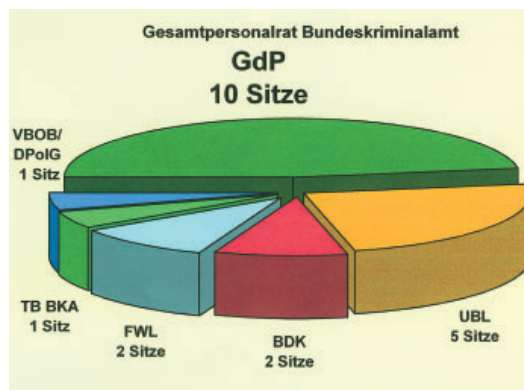
Neue Struktur machte Wahlen notwendig

Zwar wählen die Polizeibeschäftigten Sachsen-Anhalts eigentlich erst im nächsten Jahr, doch machte die veränderte Polizeistruktur Wahlen in den drei neuen Stufenpersonalräten der Polizeidirektionen Sachsen-Anhalt Nord, Ost und Süd und den örtlichen Personalräten notwendig. Es wurde eine „grüne“ Sache. Mehrheiten, wohin man blickt. Über zu wenige Aufgaben können die neu gewählten Kolleginnen und Kollegen nicht klagen. Die GdP-Personalräte wollen nun generell für ein soziales Klima in der Polizei sorgen, dass eine Polizeiarbeit auf hohem Niveau erst möglich macht.

Text und Grafiken: Michael Zielasko



so Bernhard Witthaut, niedersächsischer Landesbezirksvorsitzender, noch genügend Tatorte, wo GdP-Personalräte ermitteln und klären würden. Es stünden aktuell Veränderungen bei Versorgung, Besoldung und Laufbahnrecht durch die Föderalismusreform II an. Dies müsse eng begleitet werden. Ebenso werde die Wiedereinführung einer jährlichen Sonderzahlung betrieben und gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamtinnen und -beamte gearbeitet. Weitere Tatorte – neben vielen anderen – lägen im fortschreitenden Bereich der Privatisierung polizeilicher Servicebereiche und der mangelnden Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen. Witthaut: „Wir wollen und werden eine schwere Aufgabenlast schultern. Dabei hilft uns das eindeutige Votum der Beschäftigten. Fast ausnahmslos verfügen unsere Personalräte über absolute Mehrheiten. Das gibt uns den wichti-



HESSEN: Deutliche Einkommensverbesserungen für Polizeibeschäftigte

Mit einem „Erfolg auf ganzer Linie“, so der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Hessen, Jörg Bruchmüller, haben die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ver.di, GEW und GdP am 3. Juni die Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten in Hessen beendet. Die hessischen Polizeibeschäftigten erhalten rückwirkend ab dem 1. Januar 2008 drei Prozent mehr Gehalt. Hinzu kommt eine Einmalzahlung zwischen 100 und 150 Euro. GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller: „Der Innenminister hat eine Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Beamten signalisiert.“

Der Tarifvertrag „Einkommensverbesserung 2008“ wurde am 13. Juni 2008 in Wiesbaden zwischen dem Land Hessen und den Gewerkschaften ver.di., der GEW, der GdP, der IG Bau sowie in einem inhaltsgleichen Tarifvertrag mit der dbb tarifunion paraphiert.

Die Einigung entspricht damit weitgehend dem TV-L-Abschluss mit den übrigen Bundesländern. Bruchmüller: „Das Ziel der Rückkehr Hessens in die TdL ist noch nicht erreicht, aber wir sind auf gutem Wege.“

Hessen war 2004 aus der TdL ausgeschieden.



Rechts braucht demokratisches Paroli

Wir haben in unserer vorliegenden Zeitung der Auseinandersetzung mit den Rechten – explizit mit der NPD – viel Platz eingeräumt. Denn es ist Bewegung in der Szene: Rechtsextreme sehen heute nicht mehr durchweg so aus, wie man es jahrelang gewohnt war. Viele treten auch nicht mehr so dumpf auf, wie man sie gern hätte. Einige von ihnen studieren sogar. Die Szene hat sich gewandelt – von einst vorwiegenden Radikal-Randalierern hin zu solchen Figuren, denen auch die demokratische Mitte Gehör schenken könnte. Und dort fischen sie zurzeit sehr aktiv und leider auch z. T. erfolgreich, wenn man sich Wahlergebnisse und Sympathisanzahlen anschaut. Dahinter steckt eine knallharte po-

litische Strategie.

Die „rechte Szene“ formiert sich heute auf vielen Ebenen: in intellektuellen Strömungen, Historikerdebatten um die Bedeutung des Nationalsozialismus, in Jugendgangs, Musikszenen, Parteien. Und ihr Aktionsspektrum reicht von subtilen Diskursen, die eine „Normalisierung“ deutscher Identität anstreben, bis zum vulgären Extremismus, der sich in organisierter rassistischer Gewalt äußert. Für jeden soll etwas dabei sein.

Wer sich den Forderungen und Umset-

zungen anschließt, verlässt allerdings sehr zügig den Weg des demokratischen Pluralismus. Der pfeift letztlich aufs Grundgesetz und auf humanistische Werte. Aber genau darauf basiert unsere Gesellschaft. Und deshalb sind alle Demokraten in der Pflicht, diese Gesellschaft vor rassistischen und nationalistischen Angriffen zu schützen.

Vor drei Jahren hat die GdP ihr Positionspapier gegen Rechts verabschiedet. Seither spielt das Thema kontinuierlich bei uns in Seminaren und Publikationen eine wichtige Rolle – weil unsere Kolleginnen und Kollegen im Alltag damit konfrontiert sind (immerhin wurden 2007 in Deutschland insgesamt 17.176 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund erfasst, davon 980 Gewalttaten) und weil wir anregen möchten, sich mit den Inhalten der Rechten auseinanderzusetzen. Denn wer nach rechts tendiert, wählt ein rechtes Gesamtpaket, nicht nur einzelne Forderungen, die gut klingen, und die man selbst vielleicht auch in Teilen gern umgesetzt hätte. Aber im Auftrag einer braunen Regierung Polizeiarbeit leisten, was hieße das? Unter brauner Regierung deren Vorstellung von der Frauenrolle in der Gesellschaft leben? Sich deren Geschichtsbild zu eigen machen müssen? In menschenverachtender Weise gegen Minderheiten vorgehen? Unsere Grundrechte, unsere Freiheit missachten? Um den Rechten nicht auf den Leim zu gehen, braucht es inzwischen mehr als eine abwehrende Haltung. Es braucht Wissen und Gegenargumente. Wer die Spielchen und Methodiken des Gegners kennt, kann souverän reagieren. Wir haben daher als Fortführung unserer Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (neben vielen Aktivitäten) in diesem Jahr unsere GdP-Arbeitshilfe neu aufgelegt

und ein Karten-Set zur Argumentation gegen Rechts herausgebracht. Denn wer weiß, wie sich die rechte Szene in letzter Zeit gewandelt hat, wie sie öffentlich auftritt, welche Ziele sie mit welchen Methoden propagiert und versucht, die Menschen dafür einzufangen, der weiß auch, dass die Verantwortung aller demokratischen Menschen verlangt gegenzusteuern. Das aber kann man am besten mit Wissen und Können. Wissen darüber, wie die Rechten vorgehen, wenn sie für sich werben und dagegen argumentieren können.

Neben dieser konkreten Aufklärungsarbeit sehe ich unsere gewerkschaftliche Pflicht aber auch darin, uns in die vielfältigen Diskussionen um soziale Belange einzumischen. Denn genau hier liegt auch der Nährboden für rechtes Gedankengut. Wenn das Lebensgefühl demokratischer Bürger aus dem Gleichgewicht gerät, weil es zu viele soziale Schieflagen gibt, hat die Rechte mit ihren populistischen Forderungen beste Zulaufchancen. Sie haben zwar keine praktikablen Lösungen, aber Zulauf. Und der zählt – bei den Wahlen, bei der Verteilung von Parteigeldern (aus Steuergeldern), beim „Salonfähigwerden“.

Sie öffentlich mit ihrem Populismus bloßzustellen, ihnen verbal Paroli zu bieten und wo möglich unter Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel ihrem Tun und Treiben Einhalt zu gebieten, dabei wollen wir als GdP gern behilflich sein. Mit all unseren Möglichkeiten. Dies ist für uns ein ganz elementares Anliegen.



forum

Zu: Wenn das Schutzschild zur Zielscheide wird, DP 5/08

An dieser Stelle möchte ich Herrn Holecek für seinen Bericht danken.

Die in seinem Artikel beschriebene Re-

alität eines Großstadtgebietes spiegelt sich leider auch in den ländlicheren Bereichen wider. Vielleicht fehlt hier noch die Häufigkeit mit der solche kriminellen Erscheinungsformen festgestellt werden. Doch auch hier sind Tendenzen zu mehr körperlicher Gewalt gegenüber „Mitmenschen“ und der Staatsgewalt auszumachen.

Es bleibt zu hoffen, dass unsere Politik

schnellstmöglich erkennt, dass mit effektiverem und effizienterem Personaleinsatz nicht die immer größer werdenden Probleme unserer Gesellschaft bekämpft werden können.

Ich denke, die „weiche Politik“ der Polizei (Polizisten sollten ja demnach deeskalierende Kommunikationswunder sein), stößt in manchen Extremfällen an ihre



Grenzen. Konsequentes Einschreiten (präventiv und repressiv) mit ausreichend Personal gegen tatsächlich vorhandene rohe Gewalt könnte einen Gedanken wert sein.

Unsere Gerichtsbarkeit stärkt der Polizei auch nicht gerade den Rücken, wenn Aussagen einzelner Richter die Runde machen, dass Beleidigungen gegen Polizeibeamte eine Art Berufsrisiko darstellen.

Jochen Dederichs, per E-Mail



Einer der besten Artikel seit langer Zeit. Respekt für die offene, schonungslose und ehrliche Darstellung. Vielen Dank den Kollegen, die zeigen, was wirklich auf der Straße los ist. **Rainer Brinkmann, per E-Mail**

Zu: Titelbild 6/08

Ich habe zuerst schallend gelacht über das Foto auf dem Titelbild. Was für ein entschlossener Gesichtsausdruck!

Relativ schnell ist mir jedoch das Lachen im Halse stecken geblieben. Tiefe Sorge und Beunruhigung stellten sich nun ein bei mir. Werden wir den „Kampf auf der Straße“ verlieren? Wird uns das polizeiliche Gegenüber auslachen oder können wir den Mitleidseffekt für uns nutzbar machen? Wer hilft uns beim Aussteigen aus dem Streifenwagen?

Es wird allerhöchste Zeit, nicht weiter über höhere Lebensarbeitszeiten bzw. Pensionierungsgrenzen nachzudenken und durch ausreichende Neueinstellungen der Überalterung in der Polizei entgegenzuwirken.

EPHK Wolfgang Weidner, Duisburg

Zu: GdP fordert DUZ anzuhängen und: Leben vom Prinzip Hoffnung, DP 5/08

Ich habe die Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ als sehr interessant und wichtig für alle Leser und interessierten Angehörigen der Polizei empfunden.

Zum Artikel „GdP fordert DUZ anzuhängen“: Die Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit ist eine so genannte verbandsorientierte Einzeldienst-Dienststelle, welche häufig auf ad-hoc-Situationen reagieren muss/eingesetzt wird. Daraus ergibt sich bereits, dass ein Dienstplan nicht eingehalten werden kann. Aus dieser Situation heraus muss der Angehörige der MKÜ

jetzt akzeptieren, dass er weder Anspruch auf Schicht- noch auf Wechselschichtzulage hat. Der Dienstherr gewährt als Sonderzahlung nur eine Aufwandsentschädigung. Aber sollten nicht gerade diese erhöhten Belastungen entsprechend gewürdigt werden?!

Auf Grundlage dieser Ausführungen möchte ich auch noch den Artikel „Leben vom Prinzip Hoffnung“ ansprechen. Ein Dienstplan kann nicht eingehalten werden. Und schlimmer noch: Auf mehr als eine Woche im voraus kann sich der Beamte nicht einstellen, aufgrund der ständigen Änderungen innerhalb des Dienstplanes. Eine Fernbeziehung zu führen funktioniert hier noch schlechter, da man mit dem Partner nie zu 100 Prozent rechnen kann. Vielleicht sieht man sich – vielleicht sieht man sich nicht! Häufig kommt es auf eine entsprechende Kräfteplanung an, dass der ein oder andere Kollege doch nach Hause fahren kann. Auch das Privatleben am Standort wird noch mehr vernachlässigt. So sind Absprachen wie „Lass uns am Wochenende ins Kino gehen!“ mit der Antwort „Ich weiß noch nicht ob oder wie ich arbeiten muss.“ kommentiert. Auch der Besuch von Konzerten (u. ä. Veranstaltungen) ist eher ein Glücksspiel als eine feste Verabredung und meist nur mit Urlaub oder Dienstaustausch (wenn möglich) wahrzunehmen. Somit ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich einige Kollegen schon nach kurzer Zeit innerhalb dieser Dienststelle weg bewerben um wieder soziale Bindungen mit der Familie und Freunden aufzubauen.

Michael Nagi, per E-Mail

Zu: Leben vom Prinzip Hoffnung, DP 5/08

Heute schreibe ich Euch das erste Mal zu einem Artikel, weil ich zu dem o.g. Thema selbst Betroffene bin. Allerdings in einer Form, die in diesem Artikel gar nicht zur Sprache kommt. Es gibt nämlich gar nicht so selten den Fall (mir sind aus dem unmittelbaren Kollegenkreis mehrere Beispiele bekannt), wo nicht der Polizist der Pendler ist, sondern der Partner, der in der freien Wirtschaft arbeitet. Und hier trifft dann auch nicht mehr zu, was der Forscher Schneider im Text sagt, dass man sich zu dieser Lebensform entschieden hat, weil man nicht komplett umziehen will. Man wird durch das Beamtenrecht und den deutschen Föderalismus dazu gezwungen. Denn als Landesbeamter in ein anderes Bundesland zu tauschen, ist äußerst schwierig, und wenn

es denn endlich geklappt hat, muss der Partner vielleicht schon wieder beruflich ganz woanders hin. Und selbst im gleichen Bundesland geht eine Versetzung in eine andere Dienststelle nicht so einfach.

Weiterhin gibt es ja auch noch die Variante, wo der Partner eines pendelnden Polizisten in einem anderen Berufsbereich (z. B. Lehrer) ebenfalls verbeamtet ist und dem Partner nicht einfach hinterher ziehen kann.

Ihr seht also, es gibt zu diesem Thema noch mehr Facetten und nicht immer haben die betroffenen Partner eine Entscheidungsalternative, wenn beide weiter berufstätig sein wollen.

Karin Zierow, Gransee

Zu: Arbeitsschutz, DP 6/08

Ich wusste nicht, dass man in Deutschland und beim Personalrat der GdP englisch spricht. „Work-Life-Balance“, aber vorsichtshalber hat der Autor gleich die Übersetzung für alle Hinterwäldler, die noch deutsch sprechen, mitgeliefert: Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Warum nicht gleich, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, das ist ausdrucksstark und verständlich und genügt vollkommen. Man komme mir nicht, das ist nun mal so, das schreibt man so, Englisch ist die Weltsprache (aber nicht nur), deswegen schreiben wir das so. Ich fühle mich ausgegrenzt, alle deutsch Sprechenden werden diskriminiert. Ich glaube nicht, dass ich mich von diesen Personalräten gut vertreten fühle.

Über diesen ungebrochenen englisch und denglisch Wahn kann man nur den Kopf schütteln.

Norbert Metzger

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



Die NPD – Höhenflug oder Niedergang?

2009 will die NPD in den Bundestag einziehen und in Sachsen wieder in den Landtag. Dazu muss u. a. das Image aufpoliert werden – das der „Gewalt-Truppe“ will man ablegen. Auch deshalb war der jüngste Parteitag der NPD am 24./25. Mai in Bamberg mit Spannung erwartet worden, aber nicht nur: Im Vorfeld hatten zahlreiche Medien über schwere interne Differenzen oder gar ein Auseinanderbrechen der ältesten Partei der extremen Rechten in der Bundesrepublik spekuliert.

Tatsächlich haben in den letzten Monaten insbesondere die prekäre finanzielle Lage, die in der Verhaftung des langjährigen NPD-Schatzmeisters Erwin Kemna im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Vertretung von 670.000 Euro aus der Partei-

Block“ im Rahmen von Aufmärschen und die Frage der Gewaltausübung gegen Polizeibeamte für Kontroversen gesorgt. Die Gewalttätigkeit einer großen Zahl von Teilnehmenden des neonazistischen Aufmarsches am 1. Mai in Hamburg hat diese

ist, lässt sich in der nun fast 45-jährigen Geschichte der Partei immer wieder erkennen; dass die Unkenrufe bezüglich einer Ablösung des seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt verfrüht waren, zeigt dessen Wiederwahlergebnis (90,02 Prozent). Einer seiner schärfsten Kritiker, der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, erhielt deutlich weniger Zuspruch (71,5 Prozent).

Auch wenn mit dem Parteitag nun die Personaldebatte (innerhalb) der NPD zunächst an Bedeutung verlieren dürfte, so steht der neue Vorstand aus Sicht der Partei vor der Aufgabe, sowohl die Finanzlage



Zuhörer einer NPD-Wahlkampfveranstaltung vor der Kommunalwahl 2007 in Sachsen-Anhalt.

Foto: Jens Schlueter/ddp

kasse einen markanten Höhepunkt erreicht hat, und das schlechte Abschneiden bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen parteiintern für Unruhe gesorgt. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit anderen neonazistischen Gruppen hatte außerdem das Auftreten als so genannter „Schwarzer

Diskussion noch einmal zugespitzt, da Teile der NPD-Führung befürchten, dass die NPD ihr Image einer „Gewalt-Truppe“ nicht ablegen kann.

Dass in der NPD verschiedene Strömungen um Einfluss ringen, in denen auch persönliches Profilierungsinteresse bedeutsam

der NPD zu stabilisieren als auch weitere Wahlerfolge zu organisieren.

Ab und auf der NPD

Als älteste Partei der extremen Rechten kann die 1964 gegründete NPD auf eine



wechselvolle Geschichte zurückblicken: Konnte sie als Sammlungsbewegung der extremen Rechten zwischen 1966 und 1968 mit 61 Abgeordneten in sieben Landesparlamente einziehen, so misslang ihr 1969 mit 4,3 Prozent knapp der Einzug in den Bundestag. Die daraufhin einsetzende Aufspaltung der extremen Rechten, u. a. in offen auftretende Neonazis, Wehrsportgruppen und sogenannte Neue Rechte, ließ die NPD geschwächt zurück. Die Zahl der erstmals 28.000 Mitglieder sank auf unter 4.000 und andere extrem rechte Parteien – wie die Deutsche Volksunion (DVU) und die Partei Die Republikaner (REP) – konkurrierten seit den 1980er Jahren bei Wahlen um dieselbe Klientel. In der Partei wurden Stimmen laut, die die Existenzberechtigung der NPD in Frage stellten. Denn während in der ersten Hälfte der 1990er Jahre insbesondere in Ostdeutschland eine extrem rechte Jugendszene Zulauf erhielt, machte die NPD vor allem durch die Skandale und Strafverfahren des damaligen Parteivorsitzenden Günter Deckert von sich reden, der wiederholt den Holocaust gelehrt hatte und deswegen verurteilt wurde.

Erst unter dem Parteivorsitzenden Udo Voigt (1996 gewählt), gelang der zweite Aufstieg der NPD: Die Öffnung der Partei gegenüber neonazistischen Skinheads wurde vorangetrieben und es wurden Kader aus den Reihen der in der ersten Hälfte der 1990er Jahre durch die Innenminister des Bundes und der Länder verbotenen neonazistischen Organisationen aufgenommen. Ging es den ehemaligen Aktivisten aus Gruppen wie Nationale Liste, Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei oder Nationalistischen Front vor allem darum, unter dem Schutz des Parteiprivilegs der NPD politisch weiterhin aktiv sein zu können, so zielte die neue NPD-Führung auf die Verjüngung der Partei, die Erweiterung der Aktionsmöglichkeiten und die Ansprache und Gewinnung neuer Mitglieder- und Sympathisantenkreise. Nicht zufällig wurde daher das Aktionsrepertoire um die Verbreitung von „Rechtsrock“-Musik und die Durchführung von Aufmärschen erweitert. Beide erwiesen sich als Bereiche fortgesetzter enger Kooperation mit neonazistischen Strukturen außerhalb der NPD. Eine am 1. März 1997 in München durchgeführte Demonstration, an der etwa 5.000 Anhänger der extremen Rechten teilnahmen, wurde als Bestätigung dieser Taktik und Sieg gegenüber den staatlichen Repressionen gefeiert.

Auf dem 27. Bundesparteitags in Stavenhagen beschloss die NPD 1998 schließlich das bis heute zentrale, so ge-

nannte „Drei-Säulen-Modell“ als verbindliches Konzept. Dieses umfasst den „Kampf um die Straße, um die Parlamente und um die Köpfe“.

Das Säulen-Modell der NPD

Der „Kampf um die Straße“ beinhaltet vor allem Aufmärsche und Kundgebungen. Mit der Suche nach Öffentlichkeit ist das Ziel verbunden, sich selbst darzustellen und die eigenen politischen Standpunkte bekannt zu machen. Zugleich soll mit der

geschüchtert schweigen als sich weiter an der Diskussion zu beteiligen.

Der „Kampf um die Parlamente“ besteht für die NPD vor allem in der Teilnahme an Wahlen. Hatte Parteichef Voigt 1999 im Parteiblatt gefordert: „Wir müssen raus aus den verqualmten Hinterzimmern und die Mentalität ablegen, sich im eigenen ‚Mief‘ wohlfühlen“, so gelang insbesondere in Sachsen eine Verankerung zunächst in den Gemeinden und 2004 der Einzug in den Landtag mit 12 Abgeordneten und 9,2 Prozent der Stimmen.



**NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt –
die Stimme der Rechten.
Foto: Michael Kappeler, ddp**

häufigen Durchführung derartiger Veranstaltungen ein Gewöhnungseffekt herbeigeführt werden: Es soll wieder als normal gelten, wenn Neonazis mit ihren Parolen durch Städte und Gemeinden ziehen.

Der „Kampf um die Straße“ findet in der so genannten „Wortergreifungsstrategie“ eine Fortsetzung. Darunter ist das Aufsuchen und die Instrumentalisierung von politischen Veranstaltungen demokratischer Parteien und Organisationen zu verstehen. Parteichef Voigt erklärte diese Idee 2003 in der Parteizeitung „Deutschen Stimme“: „Natürlich sollte ich nur solche Versammlungen aufsuchen, wo wir mit unserer Haltung zum Thema polarisierend eingreifen können. [...] Merke, auch während der Rede des Vortragenden sind Zwischenrufe und Unmutsbekundungen erlaubt.“ Um sich entsprechend Gehör zu verschaffen, empfahl Voigt, dass die „Maßnahmen der Wortergreifung mit mehreren Kameradinnen oder Kameraden zusammen organisiert werden“ sollten. Wie zahlreiche Veranstaltungen gezeigt haben, führt ein entsprechend massives Auftreten von Neonazis dazu, dass andere Besucher oft eher ein-

In anderen Bundesländern versuchte die Partei, dieses Vorgehen zu kopieren. Während sie im Jahr 2006 – nach stetig steigendem Zuspruch in den vorhergehenden Wahlen – ebenfalls Landtagsmandate erobern konnte, scheiterte sie jedoch bei den Kommunal- und Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen Anfang 2008. Lediglich im Saarland, wo sie bei den Landtagswahlen 2004 bereits 4 Prozent der Stimmen erreicht hatte, und in Berlin konnte sie eine Reihe kommunaler Mandate erringen.

Das NPD-Vorstandsmitglied Jörg Hähnel, zugleich NPD-Bezirksverordneter in Berlin-Lichtenberg, markierte nach seiner Wahl im September 2006 die Haltung seiner Partei zur Demokratie: „Auch wir gehören zu dieser Demokratie, mit dem feinen Unterschied, daß wir die real existierende Parteiendiktatur nicht als das Endziel jeder historischen Entwicklung betrachten.“ Die instrumentelle Haltung der NPD zur parlamentarischen Demokratie hatte zur selben Zeit auch der NPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns, Udo Pastörs, betont: „Ich bin kein großer Anhänger die-

ser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reinght und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert.“

Die Teilnahme an Wahlen ist für die NPD zudem unter finanziellen Aspekten bedeutsam. Nach § 18 Parteiengesetz steht ihr wie jeder anderen Partei auch eine staatliche Teilfinanzierung zu, die sich aus der Summe ihrer Mitglieds- und Mandats-trägerbeiträge, dem Umfang der von ihr eingeworbenen Spenden und aus dem Abschneiden bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen ergibt. 2006 erhielt sie aus diesen Mitteln knapp 1,4 Millionen Euro. Hinzu kommen die Infrastruktur und die Beträge, die den Landtagsfraktionen

Die Autoren:

Dr. Fabian Virchow ist Mitglied im Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg und forscht und publiziert zu Geschichte, Weltanschauung und politischer Praxis der extremen Rechten.

Christian Dornbusch ist Soziologe (MA) und Dipl. Sozialpädagoge und derzeit Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Er forscht zur politischen Partizipation Jugendlicher

und insbesondere zu den jugendkulturellen Erscheinungsformen der extremen Rechten.

Die Autoren sind Herausgeber des kürzlich im Wochenschau-Verlag erschienenen Buches „88 Fragen und Antworten zur NPD“.

der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung stehen.

Eine weitere Säule im Konzept der NPD bezieht sich auf die Schulung ihrer Mitglieder und Kader. Damit diese in den Wahlkämpfen und in den Gesprächen die NPD-Propaganda vertreten können, sollen sie im Rahmen des „Kampfes um die Köpfe“ argumentativ und rhetorisch vorbereitet werden. Dementsprechend ist das Schulungsmaterial der NPD angewachsen und deckt eine breite Palette von Themen ab. Die



Die gesamte NPD-Fraktion stimmte am 19.10.06 gegen das Abgeordnetengesetz im Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Auf der Tagesordnung stand das Abgeordnetengesetz und die Aufhebung der Immunität des Mitgliedes der NPD-Fraktion, Stefan Koester.

Foto: Jens Koehler, ddp

Parteizeitung „Deutsche Stimme“ hat seit Mitte der 1990er Jahre ihren Erscheinungsrhythmus stabilisiert und ist deutlich umfangreicher geworden; eine hauptamtliche Redaktion stellt monatlich Informationen zum Parteigeschehen, Kommentierung aktueller politischer Entwicklungen und Beiträge zur programmatischen und strategischen Entwicklung der Partei zusammen.

Mit dem „Kampf um die Köpfe“ ist die Mitgliederwerbung der NPD eng verknüpft. Zwar sank die Zahl der NPD-Mitglieder im Zusammenhang mit dem Verbotverfahren gegen die Partei 2002 erheblich, inzwischen jedoch ist die NPD mit über 7.200 Mitgliedern (Stand: Mai 2008) zur zahlenmäßig stärksten Partei der extremen Rechten aufgestiegen. Diese Entwicklung ist zum einen auf die Wahlerfolge in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, zum anderen auf gezielte Ansprache von Mitgliedern der REP sowie Beitritte aus dem neonazistischen Bewegungsmilieu zurückzuführen.

Seit 2004 hat die NPD ihr Drei-Säulen-Modell um eine weitere Säule erweitert, bei der es unter der Losung „Kampf um den

organisierten Willen“ darum geht, die zersplitterte extreme Rechte unter ihrer Führung zu einen.

Die NPD als Gravitationszentrum der extremen Rechten

Zu formalisierten Absprachen kam die NPD dabei einerseits mit der DVU und andererseits mit großen Teilen des bis dahin nicht in der NPD organisierten neonazistischen Spektrums, welches vor allem unter der Selbstbezeichnung ‚Freie Kameradschaften‘ auftritt. Im Herbst 2004 traten drei bundesweit bekannte Kader (Thorsten Heise, Thomas „Steiner“ Wulff und Ralph Tegethoff) aus diesem Spektrum der NPD bei und veröffentlichten unter dem Titel „Eine Bewegung werden“ eine Erklärung, in der sie ihre „Kameraden“ dazu aufforderten, es ihnen gleich zu tun.

Unterdessen verhandelten die Parteispitzen von NPD und DVU und schlossen Anfang 2005 den so genannten „Deutschlandpakt“ ab, der eine Koopera-



tion der beiden Parteien festschreibt und festhält, welche der beiden Parteien an den bis 2009 anstehenden Wahlen jeweils antreten soll. Im kommenden „Superwahljahr“ würde demnach die NPD bei den Landtagswahlen im Saarland und in Sachsen sowie bei der Bundestagswahl antreten, die DVU dafür bei den Wahlen in Brandenburg und Thüringen sowie bei denen zum Europaparlament.

Bisher haben die Ergebnisse bei Wahlteilnahmen nach dem Abschluss der Vereinbarung nur zum Teil die Erwartungen der Beteiligten erfüllt; zwar gelang der NPD der Einzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns und die DVU zog auch wieder in die Bremer Bürgerschaft ein, allerdings hatten die Beteiligten im letztgenannten Fall mit einem deutlich besseren Ergebnis gerechnet und andere Wahlteilnahmen führten zu Ergebnissen, die die NPD sogar von der Wahlkampf-kostenerstattung ausschlossen.

Da die NPD im Unterschied zur DVU über eine weit größere Zahl von aktiven und aktivierbaren Mitgliedern und Anhän-

gern verfügt und – insbesondere in Ostdeutschland – zum Teil seit vielen Jahren an ihrer sozialen und politischen Verankerung an der gesellschaftlichen Basis arbeitet (etwa durch Mitwirkung in Freiwilligen Feuerwehren und in Sportvereinen, durch die regelmäßige Verteilung von Propagandamaterial oder durch die Organisation von Protesten gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung oder andere vielfach als ungerecht empfundene Verwaltungsakte) sieht eine wachsende Zahl von neonazistischen Akteuren inner- wie außerhalb der NPD die Notwendigkeit, den „Deutschlandpakt“ zumindest nach zu verhandeln. Dabei geht es insbesondere um die Landtagswahl 2009 in Thüringen. Während die DVU dort wohl nicht mehr als sechzig Mitglieder hat, im Januar 2008 den ersten Kreisverband gründete und in der Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar ist, hat die dortige NPD in den letzten Jahren viel Aufbauarbeit geleistet. Beinahe in jedem Landkreis existiert ein Kreisverband und die Mitgliederzahl wuchs von 180 im Jahr 2004 auf ca. 550 im vergangenen Jahr. Auf

Antrag des NPD-Kreisverbandes Hamburg-Altona wurde beim jüngsten Parteitag in Bamberg beschlossen, die Frage des Wahlantritts in Thüringen mit der DVU neu zu verhandeln.

Die Parteivorstände von NPD und DVU wie auch die Anhängerschaft wissen, dass nur der Einzug in mindestens ein weiteres Landesparlament im kommenden Jahr die aus den Wahlerfolgen der Jahre 2004 (Sachsen) und 2006 (Mecklenburg-Vorpommern) entstandene, aber inzwischen deutlich abgeklungene Dynamik wieder herbeiführen kann, die auch innerhalb der extremen Rechten ein wichtiger Faktor des Erfolges ist. Zudem spülen weitere Wahlerfolge dringend benötigte Finanzmittel in die Kassen der NPD, verbessern die Möglichkeiten für die Verbreitung extrem rechter Propaganda und nehmen den außer- und innerparteilichen Kritikern der gegenwärtigen NPD-Spitze, die auf die Misserfolge bei den Wahlen in Hessen und Niedersachsen verweisen bzw. auf jede taktische Rücksichtnahme hinsichtlich des öffentlichen Erscheinungsbildes ver-

zichten wollen, Wind aus den Segeln.

Hatte der Parteivorsitzende nach dem Einzug einer sechsköpfigen Fraktion mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 schon den „Einzug in den Reichstag“ proklamiert, so ist diese Euphorie inzwischen verschwunden. Allerdings ist die NPD in den vergangenen zehn Jahren zum Gravitationszentrum der extremen Rechten in Deutschland geworden. Dieser Bedeutungszuwachs der NPD ist Teil einer Verschiebung innerhalb der extremen Rechten in Deutschland: Während bis Mitte der 1990er Jahre entweder die DVU oder die REP Abgeordnete in einige Landtagsparlamente (Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Bremen bzw. Berlin, Baden-Württemberg) entsenden konnte, sind es heute die DVU und die NPD. Während die REP, die auf eine Koalition mit CDU/CSU orientierten, bis auf einige Regionen in Süddeutschland kaum noch sichtbar und im Spektrum der extremen Rechten bedeutungslos geworden sind, ist die NPD in zwei Landtage eingezogen, wobei sich ihre Wähler offenbar an den deutlichen Bezugnahmen der Partei zur NS-Diktatur ebenso wenig gestört haben wie an den dokumentierten Verbindungen zu Gewalttätern.

Der Abstieg der REP ist vom innerparteilichen Streit über das Verhältnis zur NPD begleitet gewesen. Nach deren Einzug in den sächsischen Landtag eskalierte die Kontroverse, weil die Parteispitze mehr-



Und dann wird alles anders? Plakat in Leipzig kurz vor den Landtagswahlen in Sachsen 2004. Foto: Waltraud Grubitzsch, dpa

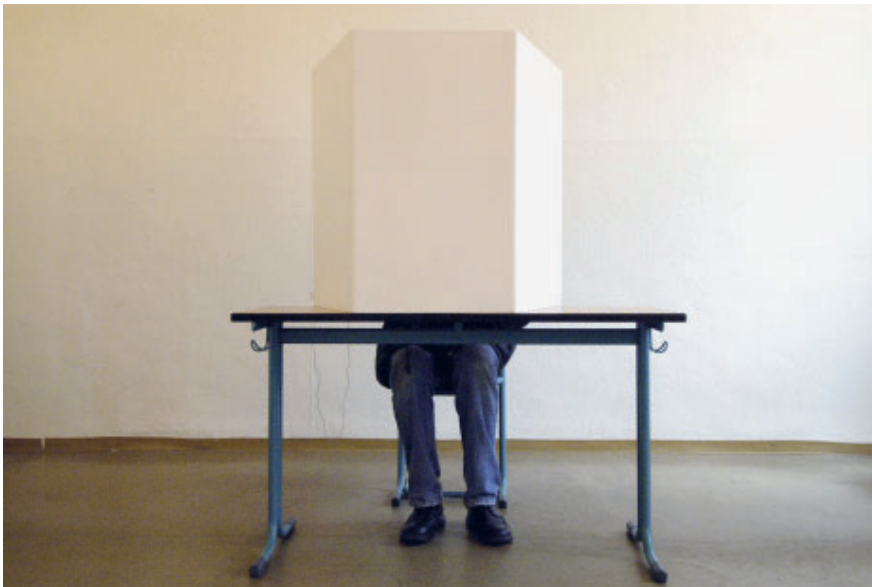
Der Bedeutungszuwachs der NPD geht über das Spektrum der Parteien der extremen Rechten hinaus; so steht der Gesell-

weile der niedersächsische NPD-Aktivist Andreas Molau vor. Beim diesjährigen Jahreskongress im thüringischen Suhl Mitte April waren wenig Zweifel daran zu hören, dass die NPD allgemein als die parlamentarische Vertretungsmacht dieses Spektrums wahrgenommen wird.

Auch jenes politische Spektrum um die neu-rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und die neu-rechte Ideenschmiede „Institut für Staatspolitik“, das strategisch eine Rechtswende der CDU/CSU bzw. die Gründung einer neuen Partei rechts von den Unionsparteien anstrebt, kann den Bedeutungszuwachs der NPD nicht ignorieren. Zwar geht man auf kritische Distanz, die Diskussionen auf den Veranstaltungen dieses Spektrums und ihren Internetseiten lassen jedoch erkennen, dass auch hier die Klientel der NPD gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt ist.

Erfolgsfaktoren der NPD

Dass die NPD in den letzten Jahren zum Gravitationszentrum der extremen Rechten geworden ist, hat mit mehreren Faktoren zu tun, die zum Teil miteinander verbunden sind. Zunächst ist es ihr gelungen, durch die Einbindung jüngerer Aktivisten und die Nutzung neuer Aktions- und Rekrutierungsformen für Personen mit einer Nähe zu extrem rechten Einstellungen und in der weiteren Öffentlichkeit wieder als politische Kraft wahrnehmbar zu werden. Insbesondere in Ostdeutschland hat



Die Rechten wollen weitere Landesparlamente erobern – wie entscheiden sich die Wähler? Foto: Peter Endig, dpa

heitlich ein von der NPD ergangenes Kooperationsangebot ablehnte. Insbesondere die ostdeutschen Landesverbände verloren daraufhin in großem Umfang Mitglieder, der Hamburger Landesverband löste sich fast komplett auf.

schaft für freie Publizistik (ein Zusammenschluss von Buchhändlern, Verlegern und Autoren der extremen Rechten) mittler-

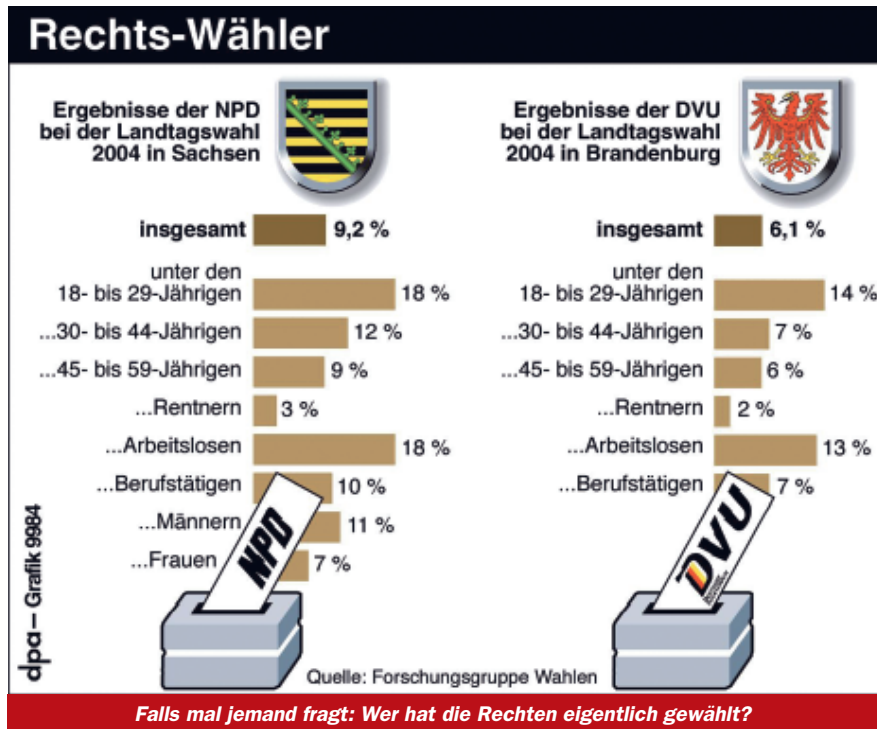


RECHTSEXTREMISMUS

sie in manchen Regionen zielstrebig an ihrer sozialen Verankerung gearbeitet und dabei auf Personen zurückgreifen können, die dem Klischeebild des neonazistischen Skinheads nicht entsprachen.

Von zentraler Bedeutung ist zudem die seit einigen Jahren von der NPD verfolgte Strategie der „Nationalisierung der sozialen Frage“. Hierunter ist der Versuch zu verstehen, die mit Massenarbeitslosigkeit und der „Reform des Sozialstaates“ ver-

mitteln Beschäftigungsmöglichkeiten vom wissenschaftlichen Mitarbeiter bis hin zum Chauffeur oder Bodyguard. Auch die Aussicht auf zukünftige Landtagsmandate ist für manche Neuzugänge entscheidungsrelevant. Insgesamt ist es der NPD gelungen, ihre Personalsituation deutlich zu verbessern: In den zentralen Strukturen stehen ihr inzwischen zahlreiche Rechtsanwältinnen und akademisch qualifizierte Kader zur Seite; in den Strukturen vor Ort kann



bundenen Ängste, Frustrationen und Demütigungen aufzugreifen und für eine nationalistische Politik der Ausgrenzung migrantischer Bevölkerungsgruppen aus den Sozialversicherungssystemen (sowie letztendlich deren Vertreibung aus Deutschland) Zustimmung zu erhalten. Mit dieser Propaganda tritt die NPD als Sachwalterin des „kleinen Mannes“ (z. B. Mindestlohnforderung von 8,80 Euro) auf und inszeniert sich als radikale Systemopposition. In der Wortwahl schließt sie dabei vor allem in Ostdeutschland an weithin positiv besetzte Begrifflichkeiten an, so wenn sie angesichts geplanter Privatisierungen von kommunalem Wohneigentum zur „Verteidigung des Volkseigentums“ aufruft.

Sind der NPD vor diesem Hintergrund Wahlerfolge gelungen, so sorgten diese wiederum dafür, dass die Partei für weitere Akteure der extremen Rechten attraktiv wurde. So ergaben sich mit den beiden Landtagsfraktionen zustehenden Finanz-

sie an vielen Orten auf aktivistisch ausgerichtete jüngere Neonazis zurückgreifen.

Zu den von der Partei nicht (unmittelbar) beeinflussbaren Rahmenbedingungen, die zum aktuellen Stellenwert der Partei beigetragen haben, gehören neben dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens 2003 auch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie die mit ihr verbundenen prekären sozio-ökonomischen Lagen und Abwertungserfahrungen. Den Versprechungen der Akteure demokratischer Parteien nicht mehr zu glauben, sich von diesen getäuscht zu sehen und mit demokratischen Diskussions- und Aushandlungsprozessen keine positiven Erfahrungen im Sinne gelebter Demokratie und realer Mitwirkungsmöglichkeiten zu verbinden, sind zentrale Elemente einer vielfach anzutreffenden Politik(er)verdrossenheit. Während sich diesen Erfahrungen gegenüber (moralische) Appelle, dass die Wahl von Neonazis zur Schädigung der Demokratie beitrage, häufig als unwirksam erwei-



RECHTSEXTREMISMUS

sen, vermag die NPD mit ihrer Selbstinszenierung als „Systemopposition“ unter spezifischen Bedingungen einen Teil dieser Nichtwähler anzusprechen.

Überproportionalen Zuspruch hat die NPD in den vergangenen Jahren bei den Landtagswahlen im Saarland (SL) und in Sachsen (SA) von den Wählergruppen der 18- bis 24-Jährigen sowie der 25- bis 34-Jährigen erhalten (11 % bzw. 9 %; 16 % bzw. 14 %); auch in Mecklenburg-Vorpommern (MVP) waren es bei den 18- bis

24-Jährigen 180 und 6.000 Besucher kamen. Diesen wurde eine Mischung aus Live-Auftritten bekannter Rechts-Rock-Bands und Liedermachern sowie Redebeiträgen von Funktionären der NPD oder ihrer Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten, geboten. Inzwischen sind die Übergänge zwischen der Partei und der extrem rechten Jugend/Musik-Szene vielfältig und werden u. a. durch Thorsten Heise und Michael Regener personell verkörpert. Heise ist Bundesvorstandsmitglied und seit

der CDU zur NPD (SL: 2.000; SA: 39.000; MVP: 12.000), von der SPD zur NPD (SL: 5.000; SA: 3.000; MVP: 7.000) und von der Linkspartei zur NPD (SL: 1.000; SA: 10.000; MVP: 4.000) erkennen, wobei die hier genannten absoluten Zahlen in Relation zu den insgesamt abgegebenen Stimmen sowie dem Abschneiden der jeweiligen Parteien zu setzen sind. Es ist zu vermuten, dass jeweils verschiedene Facetten der NPD-Propaganda den Wechsel der früheren Wähler von SPD, CDU und Linkspartei



29-Jährigen 17 %, die der NPD ihre Stimme gaben. Hier macht sich für die NPD positiv ihre Form der radikalen Selbstinszenierung und die gezielte Ansprache von jüngeren Menschen durch (sub)kulturelle Angebote bemerkbar.

So hat die NPD bei verschiedenen Gelegenheiten „Schulhof-CDs“ produziert und verteilt, auf denen mit einem musikalischen Mix aus extrem rechter Rock-Musik und „nationalen Liedermachern“ interessierte Jugendliche angesprochen werden sollten. Im Begleitheft zur CD hieß es: „Lasst Euch nicht länger von den Etablierten verarschten! Schimpft nicht nur über die Missstände; deshalb diesmal NPD! Unterstützt die Arbeit der NPD für ein sauberes, ein anständiges, ein deutsches Deutschland, damit die Interessen der Jugend endlich Gehör finden“.

Gleichzeitig organisiert die Partei seit einigen Jahren Open-Air-Veranstaltungen wie das „Deutsche Stimme Pressefest“, den „Thüringentag der nationalen Jugend“ sowie diverse Sommerfeste, zu denen zwi-

chen Mitte der 1990er Jahre als Organisator von Rechtsrock-Konzerten und Produzent entsprechender Tonträger aktiv; Regener hat gerade eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt, zu der er als Kopf der 2003 als kriminelle Vereinigung abgeurteilten neonazistischen Rock-Band „Landser“ verurteilt worden war. Er ist der NPD 2004 beigetreten und genießt in der Szene Kult-Status.

An der Organisation von Neonazi-Konzerten sind Aktivisten der NPD oft direkt beteiligt; häufig wurden solche Veranstaltungen auch als Mittel in Wahlkämpfen eingesetzt, um Erst- und Jungwähler zu motivieren, der NPD ihre Stimme zu geben.

Bei den hier genannten Wahlen ließen sich Wählerbewegungen insbesondere von

zumindest mit beeinflusst haben. In Mecklenburg-Vorpommern wurde die Wahlentscheidung zugunsten der NPD insbesondere mit der Unzufriedenheit über die Ausländerpolitik und mit der Arbeitsmarktpolitik begründet; in Sachsen gaben 57 % der NPD-Wähler die Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV) als wahlentscheidendes Motiv an; weitere 38 % führten die Ausländerpolitik an. Dieses spezifische Profil unterschied die NPD-Wähler signifikant von den Anhängerschaften anderer Parteien und korrespondiert – etwa in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien – mit der völkisch-nationalistischen Thematisierung von Arbeitslosigkeit, Ost-Erweiterung der EU und Migration seitens der NPD. Insbesondere mit der von der NPD propagier-

Rechtsextreme Kundgebung am 8.5.05 auf dem Berliner Alexanderplatz; Motto: „60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldskuld“. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts durften die Rechtsextremen zwar nicht am Holocaust-Mahnmal vorbei zum Brandenburger Tor ziehen, dennoch waren sie an zentraler Stelle präsent.

Foto: Johannes Eisele, ddp



ten Politik der „nationalen Präferenz“, d. h. mit der systematischen Diskriminierung migrantischer Bevölkerung, verbinden diese Wähler die Hoffnung auf eine Besserung ihrer Situation.

Parlamentsarbeit

Die NPD ist in den beiden Landtagen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit 6 bzw. 8 Abgeordneten vertreten; darüber hinaus hält sie etwa 180 Mandate auf kommunaler Ebene. Zwar hat die Partei in Sachsen vier ihrer ursprünglich zwölf Abgeordneten verloren, dennoch nehmen beide Fraktionen intensiv am parlamentarischen Geschehen teil. Sie nutzen die Redezeit, formulieren Anträge und Anfragen und produzieren Informationsmaterial in erheblichem Umfang, das u. a. über Wahlkreisbüros der Abgeordneten sowie im Rahmen von Veranstaltungen vertrieben wird und über das Internet abrufbar ist. Die Arbeit in den Landtagen orientiert sich an vier Zielsetzungen:

Erstens geht es um den Zugang zu Informationen über landespolitisch relevante Vorgänge;

zweitens geht es um die Skandalisierung von politischen Vorgängen, die dem neonazistischen Weltbild der NPD widersprechen;

drittens geht es darum, sich in Parlamentsdebatten und Gesetzeswürfen als politischen Akteur zu präsentieren, der konkrete Lösungen für die Probleme der Bevölkerung anzubieten hat; und

viertens wird das Parlament genutzt, um gezielt politisch zu provozieren. Hierzu zählte etwa die Rede des NPD-Abgeordneten Jürgen W. Gansel vom 21. Januar 2005, in der er anlässlich einer Schweigeminute für alle Opfer des Nationalsozialismus erklärte, die Bombardierung deutscher Städte durch die Luftangriffe der Alliierten sei ein „Bomben-Holocaust“ gewesen. Diese Provokationen spiegeln nicht nur die Weltanschauung der extremen Rechten wider, sondern sollen auch der NPD-Anhängerschaft signalisieren, dass sich die NPD-Fraktion vom „bürgerlichen Parlamentsbetrieb“ nicht mäßigen lässt.

Der Gewinnung von Mandaten auf der kommunalen Ebene hat die NPD in den letzten Jahren verstärkt Beachtung geschenkt, da sie darin ein wichtiges Indiz lokaler politischer Verankerung und damit eine Voraussetzung für Wahlerfolge auf der Landes- und Bundesebene sieht. Zur Unterstützung ihrer Mandatsträger hat sie im Juni 2003 die Kommunalpolitische Vereinigung (KVP) gegründet, die die Erfahrungen aus der kommunalpolitischen Tätigkeit der NPD systematisch auswerten und die Ergebnisse den NPD-Abgeordneten zur Verfügung stellen will. Zum Angebot gehört auch die Schulung im Umgang mit den jeweiligen Kommunalverfassungen und Geschäftsordnungen.

Gleichwohl ist das Auftreten der NPD in den kommunalen Parlamenten sehr unterschiedlich – abhängig vom (politischen) Selbstbewusstsein, der kommunalpolitischen Erfahrung, den organisatorischen und rhetorischen Fähigkeiten sowie von der Zahl ihrer Mandatsträger. Wo nur ein Abgeordneter der NPD im Kommunalparlament sitzt, ist das Auftreten meist zurückhaltend und das Stimmverhalten orientiert sich nicht immer strikt an der Parteilinie. Sobald es sich bei dem Abgeordneten jedoch um einen exponierten Aktivisten der Partei handelt oder um eine Gruppe von zwei oder mehr Personen, wird das Auftreten offensiver und aggressiver, das Stimmverhalten dogmatischer und die Mittel Redebeiträge, Anfragen und Anträge werden mannigfach eingesetzt.

Für die NPD ist die parlamentarische Tätigkeit insbesondere als Propagandamöglichkeit von Bedeutung; hier kann sie ihre völkisch-nationalistischen und antisemitischen Standpunkte in

Parlamentsdebatten, Anhörungen und Aktuellen Stunden platzieren und versuchen, eigenständige politische Akzente zu setzen. Dabei sucht sie gelegentlich den unmittelbaren Kontakt zu den von politischen Entscheidungen Betroffenen und mobilisierte beispielsweise zu einer Plenardebatte im sächsischen Landtag über die drohende Schließung eines Textilwerkes Teile der Belegschaft.

NPD zwischen Parlament und Straße

Der NPD-Führung ist sich durchaus bewusst, dass sie den politischen Einfluss der Partei dauerhaft nur stabilisieren bzw. ausbauen kann, wenn es ihr gelingt, über das bisher erreichte Klientel hinaus politische Unterstützung und Mitwirkung sowie – bei Wahlen – Stimmen zu gewinnen. Nach dem schlechten Abschnei-

RECHTSEXTREMISMUS

den der Partei bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen Anfang 2008 setzt die Partei nun vor allem auf die Wahlen im Saarland und – nach einer denkbaren Einigung mit der DVU – auf Thüringen. In Brandenburg und Sachsen streben DVU und NPD den Wiedereinzug in den Landtag an. In Sachsen konnte die NPD im Juni 2008 die Zahl ihrer Kreistagsmandate gegenüber der Wahl 2004 von 13 auf 46 erhöhen und erzielte landesweit 5,1 % der Stimmen. Hier deutet sich eine politische Verankerung vor Ort an, die die NPD als Bestätigung ihrer Arbeit interpretiert.

Wie der wiedergewählte Parteivorsitzende Voigt in seiner Rede beim Parteitag in Bamberg implizit deutlich machte, hat man sich von der Erwartung, bereits im nächsten Jahr in den Bundestag einzuziehen zu können, verabschiedet. Statt dessen wird nun nach den genannten Landtagswahlen die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 als weiteres Etappenziel formuliert, um von dort aus auch den „Sturm auf die Länderparlamente in Westdeutschland, die Bundes- und Europaebene“ zu beginnen.

Thematisch wird die NPD ihre Politik der „Nationalisierung der sozialen Frage“, d. h. die Umdeutung sozialer Problemlagen im völkischen und antisemitischen Sinne, fortsetzen und sich dabei auf Bundesländer mit ökonomischen Strukturproblemen konzentrieren. In zahlreichen Beiträgen in der Parteizeitung hat insbesondere der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel entsprechende Argumentationslinien entwickelt, die es der NPD erlauben sollen, an den Alltagserfahrungen anzusetzen und die Befürchtungen vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg für eine Politik der Ausgrenzung anderer Bevölkerungsgruppen zu instrumentalisieren. Hierbei spekuliert die NPD auf jene etwa dreizehn Prozent der Bevölkerung, die nach verschiedenen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen ein extrem rechtes Weltbild haben sowie auf eine – noch erheblich größere – Gruppe, die im Falle von Arbeitsplatzknappheit in der Ausweisung von Arbeitsmigranten die Lösung des Problems sieht.

Die NPD setzt politisch auf eine Vertiefung der ökonomischen und sozialen Krise und die hierdurch hervorgerufenen Verunsicherungen. So hieß es im Frühjahr 2003 in der Parteizeitung: „Nur eine radikale Verschärfung der Systemkrise bietet die Chance zur Überwindung eben dieses Systems, nur eine Zuspitzung der Systemkrise führt zu dem erhofften Umschlagpunkt in eine neue, eine deutsche Ordnung,

(...) nur die Not als Lehrmeisterin verdummteter Massen kann die Volksgemeinschaft als Mangel- und Solidargemeinschaft wieder auferstehen lassen.“

Die NPD sieht insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern zunächst die besten Chancen, ihren Einfluss auszuweiten. Diese Erwartung stützt sich auf drei

stabil hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Verelendungstendenzen gibt. Unter Ausnutzung der daraus resultierenden Enttäuschung, Frustration und Politikverdrossenheit will sich die NPD zunächst als Protest-, dann als Programmpartei etablieren. Drittens sieht sich die Partei nach den Wahlerfolgen in zwei ostdeutschen Bun-



Rechts marschiert (6.10.2007 in Königs Wusterhausen bei Berlin)

Foto: Bernd Settnik, dpa

Gesichtspunkte: Erstens sei nachkriegsgeschichtlich die DDR-Gesellschaft „deutscher“ geblieben als die in Westdeutschland. Dort habe es unter dem Einfluss insbesondere der USA eine weitreichende Demokratisierung und Verwestlichung gegeben; in der DDR hingegen habe die „Sowjetisierung“ nie die Köpfe der Menschen erreicht. Auch hätten in der DDR Elemente eines preußischen Selbstverständnisses, etwa als Arbeitsethos, einen angestammten Platz in der Gesellschaft gehabt. Zweitens sei die ökonomische und soziale Krisenlage im Osten Deutschlands signifikant größer als in den westdeutschen Bundesländern, auch wenn es selbstverständlich dort ebenfalls Krisenregionen mit

desländern dort organisatorisch am besten aufgestellt.

In der Verfolgung dieser strategischen Ausrichtung ist die NPD darauf angewiesen, dass es zu keinen all zu großen Verwerfungen mit der DVU bzw. dem nicht parteiförmig organisierten Neonazismus kommt. Hinsichtlich der DVU, die unter der Führung des inzwischen 75-jährigen Münchner Verlegers Gerhard Frey nur über eine äußerst knappe Personaldecke, dafür jedoch über erhebliche finanzielle Ressourcen verfügt, mag mancher in der NPD bereits auf dessen Ableben und eine anschließende Übernahme der Partei spekulieren.

Setzt die NPD im Zusammenhang mit



RECHTSEXTREMISMUS

den Ressourcen insbesondere der Landtagsfraktionen die Entwicklung konkreter politischer Programme unterschiedlicher Reichweite sowie den Aufbau eigener Strukturen fort, so muss sie zugleich der „Politik der Straße“ Aufmerksamkeit widmen. Mit dieser sollen jene aktivistischen Teile der neonazistischen Szene eingebunden werden, die sich als „kämpfende Avantgarde“ für ein völkisches Deutschland verstehen und sich – wahlweise – auf die SA oder die SS als historische Vorbilder beziehen. Was als „Weltanschauung der

nachdem vom Gegenüber mit der Aufkündigung der Zusammenarbeit gedroht worden war. Und mit dem Hamburger NPD-Vorsitzenden Jürgen Rieger ist in Bamberg ein Vertreter und Vertrauter der gewaltbereiten Neonazi-Szene in eine der drei Positionen des stellvertretenden Bundesvorsitzenden aufgerückt.

Dieses Spannungsfeld zwischen eher legalistisch auftretenden NPD-Vertretern und der zunehmend organisiert auftretenden Strömung innerhalb des Neonazismus, die die offene Konfrontation auch mit der

Krisenerfahrungen eine Wahloption ist. Mit der Orientierung auf die Linkspartei als Gegner wird die NPD ihre Selbstinszenierung als „sozialer Kümmerer“ intensivieren; vermutlich werden aber auch gewaltsame Angriffe auf Einrichtungen und Personen der Linkspartei zunehmen, um Einschüchterungseffekte zu erzielen.

Die kommenden 18 Monate werden für die Entwicklung der NPD und damit für die extreme Rechte in Deutschland insgesamt bedeutsam sein. Bleibt der Par-



und Links protestiert (1. Mai 2008 in Nürnberg) – die Polizei hat das Ganze abzusichern.

Foto: Daniel Karmann, dpa

Tat“ in Form von Aufmärschen, Propagandaaktionen oder Gewalttaten gegen den politischen Gegner oder migrantische Bevölkerung zum Ausdruck kommt, bedarf aus Sicht der Mehrheit des NPD-Vorstandes aber einer verstärkten Kontrolle. Dies wurde zuletzt am 1. Mai in Hamburg sinnfällig, als einige Hundert so genannte „Autonome Nationalisten“ nicht nur die gewaltsame Auseinandersetzung mit Gegendemonstranten, sondern auch mit der Polizei suchten. Solche „Autonome Nationalisten“ kopieren weitgehend Elemente aus dem öffentlichen Auftreten und der Inszenierung linksradikaler Gruppen, indem deren Symbole übernommen und in leicht veränderter Form verwandt werden.

Bereits in den letzten Jahren gab es zwischen dem NPD-Parteivorstand und Vertretern der „Autonomen Nationalisten“ heftige Kontroversen über die Art des öffentlichen Auftretens; allerdings hat die NPD ihre Ab- und Ausgrenzungsbeschlüsse bisher immer wieder relativiert,

Polizei sucht, wird die NPD noch beschäftigen. Es mag in der Zukunft auch für weitere innerparteiliche Kontroversen sorgen und hier und da die Erfolgsaussichten für das Verbot eines neonazistischen Aufmarsches tangieren, andererseits steht diese Strömung hinsichtlich ihrer politischen Positionen der NPD sehr nahe.

Auf dem Bamberger Parteitag ist zudem mit der Linkspartei der Gegner benannt worden, der nun verstärkt angegriffen werden soll. Die NPD begreift dies insofern als eine wichtige Aufgabe, weil sie davon ausgeht, dass ein Teil ihres Wählerpotenzials von der Linkspartei angesprochen und gebunden wird. Auch wenn sich Antikapitalismus und Kapitalismuskritik der extremen Rechten und der Linkspartei programmatisch und handlungslogisch unterscheiden, so zeigen nicht zuletzt die Wählerbewegungen, dass für politisch Unzufriedene, demokratischen Prozessen skeptisch gegenüberstehende und autoritär Formierte die NPD angesichts von

teiler Einzug in weitere Landtage verwehrt, so bricht die Dynamik und es wird zu einer Intensivierung der internen Kontroversen kommen. Gelingt die Eroberung von Mandaten, so wird dies das neonazistische Spektrum mit neuem Selbstbewusstsein und mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen ausstatten. Da die NPD auch auf Faktoren wie soziale Ängste und Abstiegsbefürchtungen sowie den Glaubwürdigkeitsverlust der etablierten Politik spekuliert, die nicht kurzfristig aus der Welt zu schaffen sind, und sozialwissenschaftliche Untersuchungen wiederholt ein entsprechendes Einstellungspotenzial in Deutschland festgestellt haben, liegen zahlreiche An- und Warnzeichen für die dauerhafte parlamentarische und außerparlamentarische Etablierung der NPD als derzeit handlungsfähigstem politischen Akteur der extremen Rechten in Deutschland vor.

Fabian Virchow & Christian Dornbusch



Spots gegen Rechts

Als weiteren Baustein der Kampagne gegen Rechtsextremismus unter dem Titel „Wölfe im Schafspelz“ hat die Polizei kürzlich die zehn besten Filmbeiträge des Schülerwettbewerbs „Zivilfahnder sucht Filmemacher“ als Medienpaket zur Arbeit im Unterricht und in der Jugendarbeit herausgegeben. Polizei und Verfassungsschutz hatten den Wettbewerb mit Unterstützung des Schauspielers Till Demtröder ausgeschrieben, um die kritische Auseinandersetzung von Jugendlichen mit dem Rechtsextremismus aktiv zu fördern. Jugendliche im Alter von 13 bis 17 Jahren waren aufgefordert, einen einminütigen TV-Spot zu drehen, der das Thema „Gegen Rechtsextremismus und seine neuen Erscheinungsformen“ kurz und prägnant ins Bild setzt.

Ziel des Wettbewerbs war es, die Jugendlichen anzuhalten, nicht „passiv“ Informationen zum Thema zu konsumieren, sondern selbst Botschaften und Inhalte zu entwickeln. Auch wenn die politisch motivierte Kriminalität – rechts (PMK – rechts) – 2007 im Vergleich zum Vorjahr um rund drei Prozent auf rund 17.600 Fälle leicht gesunken ist, ist es unerlässlich, junge Menschen über das veränderte Erscheinungsbild der rechten Szene zu informieren, damit sie den vermeintlich seriösen Angeboten der Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen.



Junge Begeisterung für Sozialplattitüden: Anhänger der rechtsextremistischen NPD schwenken am Samstag 15.9.07 in Hannover im Congress Centrum während einer NPD-Wahlkampfveranstaltung die Fahnen.
Foto: Roland Magunia/ddp

Nazi 3.0

- #Soziales Auftreten
- #Leise und unauffällig
- #Gute Biografie
- #Landtagsfähig
- #Pro moderner Nationalismus und Anti-Hartz IV

Preis 199,- €
inkl. CD-Brenner

Bestellnummer: 20 01 20 06



Rufen Sie jetzt an: 0190 - 853678

Standbild aus einem preisgekrönten Video-Spot

Die Filmbeiträge brandmarken ideenreich das verdeckte Agieren der Rechtsextremisten, welches beispielsweise über Musikangebote, Freizeitaktivitäten und vermeintliche Kameradschaft erfolgt. In den Spots machen die Schülerinnen und Schüler die verschiedenen Gesichter der rechtsextremen Szene sichtbar und warnen eindringlich vor den Gefahren und Verharmlosungstendenzen. Thematisiert wird beispielsweise das Verteilen so genannter „Schulhof-CDs“, mit denen Rechtsextreme Jugendliche ködern wollen.



Sieger 1. Preis – Schülerinnen und Schüler der Realschule Halden, Hagen, NRW, mit dem Video: „Früher ging es uns allen besser“

Fotos (2): Polizeiliche Kriminalprävention

Das neue Medienpaket mit den zehn Filmspots und einem Statement von Till Demtröder, enthält zudem ein Filmbelegheft mit Beschreibungen der Spots und didaktischen Hinweisen zur Unterrichtsgestaltung bzw. zum Einsatz des Mediums in der Jugendarbeit.

Die Spots sind außerdem im Internet unter www.polizei-beratung.de zu finden.

Der Wettbewerb und die Herausgabe der „TOP 10“ zur Arbeit im Unterricht sind Teil der von der Innenministerkonferenz initiierten Kampagne „Wölfe im Schafspelz“, die bereits 2006 startete. Zentraler Baustein der Aktion ist ein Medienpaket für Schülerinnen und Schüler ab 13 Jahre mit dem Spielfilm „Platzangst“ von Heike Schober und René Zeuner sowie der Filmdokumentation „Rechtsextremismus heute – zwischen Agitation und Gewalt“ des Politologen Dr. Rainer Fromm für Schüler ab Klasse 9. Ein Filmbelegheft mit Erklärungen zu Facetten des Rechtsextremismus und methodisch-didaktischen Hinweisen für Lehrer ergänzt das Medienpaket.

Nach Presseinformation Polizeiliche Kriminalprävention

„Wölfe im Schafspelz“ ist eine Informations- und Aufklärungskampagne der Polizei, die über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus aufklären will. Sie zielt auf Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen und verfolgt zwei Ziele: Sie möchte auf neue Formen der Anwerbung durch rechtsextreme Gruppierungen aufmerksam machen und zugleich zur selbstständigen Beschäftigung mit dem Thema anregen.



„Argumente gegen Rechts“

Im Frühjahr dieses Jahres konnte die Abteilung Werbung der GdP-Bundesgeschäftsstelle die beliebten Arbeitshilfen um eine weitere ergänzen. Hierbei handelt es sich um die Arbeitshilfe 15 „Argumente gegen Rechts“. Den gleichnamigen Titel hatte auch schon die Arbeitshilfe 12, jedoch handelt es sich bei dieser neuen Ausgabe nicht nur um eine Aktualisierung der bestehenden.

Die Arbeitshilfe 15 hat das Ziel, den Leser noch praxisnäher zu begleiten, Argumente zu liefern und Fakten darzulegen.

Sie gibt Tipps, wie rechte Argumente widerlegt werden können – sowohl rhetorisch als auch argumentativ. Sie erklärt Begriffe wie „Nationalismus, Ethnopluralismus, Sozialdarwinismus und Antisemitismus“. Sie liefert Eckdaten zum Thema Einwanderung und Asylbewerber, klassische rechte Argumente werden aufgegriffen, analysiert und widerlegt. Dieses Heft enthält erstmals internes NPD-Material, das die Rechten für die Kader-



schulung verwenden. Der Autor der Broschüre – Christian Waclawczyk – ist ein Kenner der rechten Szene und ein gefragter Referent an einigen Fachhochschulen.

Die Arbeitshilfe 15 wird von einem gleichnamigen Kartenset begleitet. Die Karten sind kurz und knapp geschrieben und sollen unseren Kolleginnen und Kollegen helfen, mit den passenden Fakten gegen rechtes Gedankengut schnell schwarz auf weiß zu kontern. Nicht nur aufgrund der Inhalte, sondern auch durch die handliche Form erfreuen sie sich großer Beliebtheit. Die Karten sind mit einer Ringlösung versehen und verfügen über ein markantes Titelbild mit „Stopp-Schild“. Das Konzept sieht so aus, dass die Vorderseite der Karten die rechten Argumente beinhaltet, die Rückseite widerlegt diese dann. Die Verantwortlichen der verschiedensten Projekte gegen Rechts auf kommunaler, gewerkschaftlicher wie auch auf Ministeriumsebene wurden bereits auf diese Karten aufmerksam und baten um Zusendung dieses Materials. Wir begrüßen, dass unsere GdP auf diese Weise viele Projekte, die sich diesem wichtigen Thema widmen, mit ihren Materialien unterstützen kann. **Annette Terweide**



Wie rechte Kader schachmatt gesetzt werden können

Ein kleines politisch-rhetorisches Nahkampftraining – Teil 1: Die Tricks der „Dresdner Schule“

Wer sich mit rechten Argumenten und geschulten Rhetorikern auseinandersetzen muss oder will, kann leicht ins Hintertreffen geraten. Denn Rechts setzt längst schickt Redner ins Rennen, die auf Gefühl, Pauschalisierung und eingängige Floskeln setzen. Wir wollen in drei Folgen Tipps geben, wie man einen verbalen Schlagabtausch durchaus gewinnen kann – ohne zu Mitteln der Volksverdummung zu greifen.

Wer wiedergeboren werden will, musste früher Hindu werden. Heute reicht's, Eva Herman zu heißen“, Schmidts bissiger Humor hat oftmals einen ersten Kern. In unserem Falle die heikle Frage: Ist Frau Herman rechts oder nicht? Gut, Eva H. ist blond und der Ansicht, die Frau gehöre an den Herd, und Hitler habe auch Gutes geschaffen – vom Autobahn-Bau bis zum Mutterverdienstkreuz – aber darf man sie deshalb schon als braune Blondine stigmatisieren? Johannes B. Kerner hat sogar noch eins draufgelegt und Frau Herman – hart aber herzlich – aus seiner Talkshow katapultiert. Die Dame ging, doch die Frage blieb: Ist Eva Herman eine Rechte?

Wie erkennt man „echte“ Rechte? Am Kurzhaarschnitt Typ „Radi-kahl“? Den findet man höchstens noch in der Provinz. An lautem Rechts-Rock? Auf der „Schulhof-CD“ finden sich ganz andere Töne – unerwartet leise Töne. Der Grund: Die Rechte denkt um.

Wann ist jemand wirklich rechts?

Die Herman-Schlacht begann 2007 beim Vorstellen ihres neuesten Buches „Das Prinzip Arche Noah“ – hier geriet Eva Herman ins Schwimmen und Stunden später in Verruf. Wegen eines Exkurses zu Hitlers Frauenpolitik. Im Volltext stöckelte Frau Herman damals wie folgt durch Fakten und Phrasen:

„Wir müssen den Familien Entlastung und nicht Belastung zumuten und müssen auch 'ne Gerechtigkeit schaffen zwischen kinderlosen und kinderreichen Familien. Und wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen lernen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus und der darauf fol-

genden 68er Bewegung abgeschafft wurde.“

Und dann begann Eva Herman zu schwimmen. Und am Ende stand das Chaos:

„Mit den 68er wurde damals praktisch alles das alles, was wir an Werten hatten – es war 'ne grausame Zeit, das war ein völlig durchgeknallter, hochgefährlicher Politiker, der das deutsche Volk ins Verderben geführt hat, das wissen wir alle – aber es ist damals eben auch das, was gut war, und das sind Werte, das sind Kinder, das sind Mütter, das sind Familien, das ist Zusammenhalt – das wurde abgeschafft. Es durfte nichts mehr stehen bleiben...“

Hängen blieb in der Öffentlichkeit „Mütter – Hitler – Werte – gut“, und dieser selektive Mix machte den „Fall“ zum Sturz.

Hätten gute Medienberater Eva Herman vorher gebrieft, so wäre sie von ihnen zunächst in „Statementtechnik“ fit gemacht worden, sprich: in der Kunst des professionellen Präsentierens von Positionen. Genau hier will seit 2004 die „Dresdner Schule“ (Dresdens „rechte Denkfabrik“) Furore machen – denn die einstigen platten Parolen der Rechten passen nicht mehr.

Fanatismus vom Feinsten: Die „Dresdner Schule“

Am 19.9.2004 hatte man in Sachsen Probleme: die einen, weil im Landtag plötzlich zwölf NPD-Abgeordnete saßen. Und die anderen – die „Rechten“ selbst –, weil ihnen schlichtweg Eliten fehlten; Eliten in der NPD, die man als Toppleute vorzeigen könnte und Eliten unter den Wählern, die weitere Stimmen nachziehen würden. Laut Forschungsgruppe Wahlen stimmten lediglich 4 % der Beamten für

„rechts“, während es in der **Arbeiterschaft** rund dreieinhalb mal so viele waren, nämlich satte 14 % (unter **Arbeiter/innen** lag der Wert sogar doppelt so hoch, also bei über einem Viertel),

Vor diesem Hintergrund machte Karl Richter 2004 einen Neuansatz. Jahrgang 1962 und zeitweise NPD-Wahlkampfleiter wurde er in der Szene zum einen populär, weil er in Wehrmachtuniform öffentlich den Hitlergruß zeigte; allerdings ganz legal als Komparse in Eichingers „Der Untergang“, wo er die Rolle des Adjutanten von Generalfeldmarschall Keitel spielte. Zum anderen schätzt man Richter als Chefredakteur von „Nation und Europa“, der momentan für die rechtsextreme Szene wichtigsten Theorie- und Strategiezeitschrift.

Dieses Hardliner-Profil prägt auch die „Dresdner Schule“, die von Richter federführend geplant und mitbegründet wurde. Gedacht als „rechte Denkfabrik“ geht sie erstmals ernsthaft auf Akademiker zu, um so „Rechts“ auch für die Mittelschicht wählbar zu machen. Die Kerndetails dieser Strategie hat Jürgen W. Gansel (MdL Sachsen) 2005 in einem Programmaufsatz unter dem Titel „Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“ zusammengefasst: Die „neue“ Rechte ist quasi die alte, allerdings hat sie strategisch gelernt. Treu geblieben ist sie sich in puncto extremem Nationalismus. Der klassische Rassismus hingegen wurde sorgsamst geschönt und gestylt, ganz im Sinne der von Richter vorgegeben Grundstrategie den „altrechten“ Themen und Thesen einem modernen Anstrich zu verleihen, sie geschickt in den Alltag zu lancieren, um auch in der Mittelschicht zu punkten, und schließlich alles sprachlich sauber, seriös und sympathisch zu glätten. Eine „linke“ Strategie, und zwar im doppelten Sinne des Wortes, denn man hat sie schlicht und einfach von den Kommunisten geklaut. Ihr wirklicher Vater: Antonio Gramsci, in Italien noch heute als Mitbegründer der Kommunistischen Partei bekannt, aber vor allem durch die Strategie, mit der er sie an die Macht bringen wollte. Sein Credo: Wer die politische Macht will, muss zuerst die Kultur unter-



wandern – notfalls dadurch, dass er politisch eine Zeit lang Kreide frisst.

Über die Kultur an die Macht ist auch das Motto der „Dresdner Schule“, nur dass sie es nicht mehr mit Kreide versucht. Stattdessen setzt man lieber auf Kampf und das Schüren von Konflikten, wobei der Ton von „offensiv“ über „provokativ“ bis „extrem aggressiv“ reicht. Verkauft wird dieser neue Kampfstil als „Strategie der Wortergreifung“.

Das Ganze ist in Wahrheit allerdings trivial und einfach ein Mix aus vier Teiltaktiken:

Phase 1: Man greift – demonstrativ – aktuelle Themen auf.

Phase 2: Man versucht – massiv – die Leute möglichst schnell zu verunsichern.

Phase 3: Falls das nicht klappt, greift man die Personen heftig persönlich an.

Phase 4: Sobald man das Wort hat, beginnt man sein „Pflichtpensum“ abzuspuhlen: jene Parolen und Phrasen also, die die Partei gestreut haben will, und zwar noch immer nach Goebbels-Manier – etwas so lange wiederholen, bis es der Dümme „begreift“ und glaubt. Denn wenn etwas ständig kursiert wird schon irgendetwas dran sein!

Die Gegenstrategie: Zeigen, dass und wie getrickt wird, indem bohrend dreierlei bloßgestellt wird:

1. Lücken – wo wird was verschwiegen?
2. Brüche – wo weicht man aus?
3. Widersprüche – was passt ganz einfach nicht zusammen?

Klingt kompliziert und ist trotzdem ganz simpel.

Versetzen Sie sich bitte in eine Podiumsdiskussion, in der man Sie als Polizist/ in besonders stark beäugelt wird. Thema: Voll die Härte? Was tun mit jungen Intensivtätern?“ Solche emotionalen Themen verleiten rasch zum massiven Schlagabtausch – weil sie Gesprächsrunden polarisieren und schnell ins unfair Persönliche kippen. Schon relativ früh in solch einer Runde äußert plötzlich jemand folgendes: „Hören Sie, es kann doch nicht sein, dass jemand mit fünfzehn schon hoch kriminell ist, etwa Rentner zusammen drischt, Drogen dealt – und dafür mit Kuschevollzug ‚bestraft‘ wird oder mit teuren Segeltörns, die deutsche Eltern ihren Kindern nie und nimmer bieten könnten: obwohl deren Kinder oft Opfer sind! Der richtige Weg: Knallharte Strafen und sofortige Abschiebung. Aber der Staat unternimmt hier ja nichts. Gegen Ausländer darf man nichts sagen, sonst ist man bei uns sofort Rassist, Statistiken werden so gedreht, dass deren Straftaten kaum ins

Gewicht fallen, und wenn es noch lange so weitergeht, bleibt man als Deutscher am besten zu Haus. Die einzigen, die wirklich was tun, sind doch nur wir und nicht die Regierung: Weil deutsche Interessen für uns klipp und klar im Vordergrund stehen. Daher fordern wir auch ganz offen: Ausländer sollen zurück in die Heimat, wo sie zu Hause sind und gebraucht werden!“

Zugegeben, ein längeres Statement mit einem wortreichen Schlussmonolog, doch gerade der ist (rhetorisch) das Ziel der Strategie der Wortergreifung. Es wäre Wasser auf die Mühlen des Gegners, wenn man sofort „frontal“ kontert, denn

siert? Neorechte wählen als Einstieg nahezu durchweg Möglichkeit zwei, denn erst wer emotional gepackt wurde, kann manipuliert werden.

B) Wenn der Gegner per Wir-Gefühl startet (Motto „Wir Deutschen müssen uns wehren!“), sollten Sie konsequent gleiches tun; allerdings nicht auf Instinkt-niveau, sondern fair und seriös, also ruhig und sachlich. Ein Publikum, das bloß zuschaut, wäre auf Dauer für Sie keine Hilfe. Ein solch „gruppenspezifischer“ Einstieg klingt dann beispielsweise so: „Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns einig: Schwerkriminelle sind ein Problem, egal



Wahlkampfschilder am 1. Mai 2006 in Rostock: Eingängige Parolen und populistische Forderungen – allerdings sind die Lösungsansätze in einer demokratischen Republik mehr als fragwürdig.
Foto: Danny Gohlke, ddp

Schnellschüsse sind zum einen oft sprachlich zu knapp und gedanklich zu voreilig, zum zweiten setzt man sich selbst der Gefahr aus, vorschnell als Hitzkopf und Hardliner zu wirken. Und drittens gefährdet zu frühe Härte ein gutes Gesprächsklima – eines, bei dem letztlich alle gewinnen, weil jeder auf neue Ideen kam. Aber selbst wer am Schluss als Sieger vom Platz geht, sollte Siegerposen, vermeiden, sonst könnte es ihm ergehen, wie 2006 Josef Ackermann, dessen berühmtes Victory-Zeichen inzwischen als Sinnbild für (Macht)arroganz gilt. Besser ist es, wie folgt zu reagieren:

A) Noch während des Zuhörens sondieren: Geht der Gegner vom Regelfall aus, oder versucht er, gleich Stimmung zu machen, indem er Extremfälle pauschali-

ob sie 15 sind oder 50; und dass uns hier kein Beschönigen hilft, sehen sicherlich auch alle ähnlich. Doch wenn uns etwas am wenigsten hilft, sind es Scheinlösungen oder Stimmungsmache. Was meine ich damit genau?“

C) Aus diesem Gruppen-Intro ergibt sich das Weitere fast schon von selbst. Starten Sie offensiv in den Hauptteil – indem Sie sofort das „Patentrezept“ angreifen, also „härtere (Jugend)strafen“ und „sofortige Abschiebung“; dadurch signalisieren Sie, dass Sie auch harten Themen nicht ausweichen. Gehen Sie dann zu den späteren Punkten „Kuschevollzug“ und „Segeltörns“ über, um Ihren Zuhörern Zeit zum Durchatmen und zum Nachdenken zu gönnen. Der positive Nebeneffekt: Sie können hier auch mal strategisch zu-



rückweichen, sprich: dem Gegner – in Randaspekten – Gesprächsbereitschaft signalisieren; das hilft ihm, sein Gesicht zu wahren, und zahlt sich für Sie beim Publikum aus – weil Sie fair und verbindlich wirken und damit von Grund auf seriös und sympathisch.

D) Ihr eigentlicher Hauptschlag gehört jedoch meist an den Redeschluss. Wann immer Sie nämlich öffentlich auftreten, gilt für Sie Regel eins der PR: „Der erste Eindruck entscheidet, aber der letzte Eindruck bleibt!“

Genau deshalb sollten Sie beim Hauptteilstart schon fast Vollgas fahren,

die Todesstrafe – und auf 100.000 Einwohner ungefähr sechs Morde pro Jahr. Bei uns in Deutschland liegt die Zahl momentan bei 1,1. Sind knallharte Strafen also die Lösung? Würden sie wirklich so abschreckend wirken? Reden können wir allerdings über eine andere Frage, nämlich: Wird unser Strafrecht voll ausgeschöpft? Sollte man nicht erst mal damit beginnen? Hier bin ich durchaus gesprächsbereit!“

Die Gewichtungverteilung 2–1–3 hat übrigens ihren eigenen Namen. Medienprofis reden hier intern von „dramaturgischer“ Reihung. Steht Ihr stärkstes Moment am Anfang, so spricht man von

gern!

Denken Sie mal zurück an die Zeit, als Sie Ihren Traumpartner suchten: Wenn Ihre Mutter damals warb „Nimm doch den, der ist Beamter!“ oder „Nimm doch die, die ist Arzthelferin!“, war das für Sie meist kein Argument. Eines schönen Tages jedoch stand er oder sie plötzlich irgendwo vor Ihnen, und bevor Sie noch schalten konnten, hatte es auch schon „Zoom“ gemacht. Von diesem Moment an beherrschte Ihr Schwarm quasi Ihren gesamten Tag, denn wenn Sie etwas gefühlsmäßig „packt“, schiebt es sich in den Vordergrund – weil Gefühle „intensivieren“. Danach lief alles fast von selbst und quasi

auf einen Höhepunkt zu. Durch die rosarote Brille hatte Ihr Schatz nur Traumeigenschaften und falls Mutti sagte „Sie ist nicht die Schönste“, hieß Ihr Protest „Sie hat innere Werte!“. Wenn darauf als Antwort kam „Mag schon sein – dann lass Sie halt wenden!“, nahmen Sie garantiert wochenlang übel! Absolut logisch, da Gefühle zweitens „polarisierend“ wirken, sprich: Sie verführen uns zum Schwarz-Weiß-Denken und damit zu oft übereilter Parteinahme, bis zur totalen Kritiklosigkeit. Entsprechend anfällig werden Sie letztlich für „extreme“ Lösungen. Oder wollten Sie nicht – frisch verliebt – am besten gleich morgen zusammenziehen?! Ebenfalls logisch, da Gefühle Sie sehr schnell und stark „mobilisieren“. Falls es um Probleme geht, wollen Sie also

sofort eine Lösung, und zwar möglichst definitiv und „notfalls“ durchaus auch mal radikal. Genau das ist der (Hinter)grund, warum man „rechts“ auf Gefühle setzt: nicht immer, aber immer öfter, besonders bei SWE-Beiträgen (SWE = Strategie der Wortergreifung).

Stellen Sie sich diesem Druck, und zwar abermals offensiv, indem Sie noch mehr als Gefühle bieten, nämlich (intelligenten) Humor. Also: cool bleiben, aber nicht kalt, und stramm den Kurs halten, aber schön locker. Ihr Schlussteil könnte dann etwa so aussehen: „Ach ja, vielleicht noch was am Rande. Was ich an ihrem Beitrag nicht fair finde, ist die Art, wie Sie argumentieren. Ihre Logik läuft nach dem Motto: Rettet den Wald – esst mehr Spechte! Wissen Sie, den Zuschauern hier geht es



Öffentliches Bekenntnis sowie Aufklärung über rechte Sichten und Absichten sind wichtiges bürgerliches Engagement.

Foto: Kay Nietfeld, dpa

spricht: offensiv gleich den zweitstärksten Punkt, also „Härtere Strafen und Abschiebung“, angehen. Klingen könnte das etwa so: „Sie empfehlen als Patentrezept knallharte Strafen und prompte Abschiebung; klingt im ersten Moment nicht schlecht. Aber würden Sie jemanden abschieben, wenn schon heute viel dafür spricht, dass er binnen weniger Wochen mit falschen Papieren wieder hier einreist – weil seine Heimatbehörden korrupt sind? Dann ist für mich seine Strafverbüßung bei uns in Deutschland weit sicherer. Dann weiß ich wenigstens, dass er festsitzt, auch wenn mich das pro Tag im Schnitt an die 100 Euro kostet.“

Ihr zweites Patentrezept – knallharte Strafen – hat genauso seine Tücken. Schauen Sie in die USA, Sie haben dort

„Durchbruchstrategie“. Diese „Überumpelungstaktik“ sollten Sie aber nur sparsamst versuchen, denn wenn Ihr Durchbruchversuch nicht klappt, haben Sie keine zweite Chance.

In unserem Trainingsbeispiel fehlt jetzt nur noch Ihr Hauptangriff. Wie also können Sie Rechts-Propaganda wirklich dauerhaft demontieren? Antwort: Indem Sie den Zuhörern zeigen, wie sie für dumm verkauft werden sollen. Sprich, Sie müssen (griffig) zeigen: Welche Taktik steckt hinter dem Thema? Und weil „hinter“ auf Griechisch „meta“ heißt, nennt man Ihr Vorgehen „Meta-Taktik“. Die Manipulatiostricks der „Rechten“ kennen Sie im Ansatz bereits. Am Anfang stehen immer Gefühle, denn die machen Menschen am leichtesten lenkbar. Beweis gefällig? Aber



um die ernste Frage: Was tun mit jungen Intensivtätern – wie geht man vernünftig mit ihnen um? In Ihrem Beitrag ging es nur darum: Wie werbe ich für die NPD? Sie fordern schnell mal harte Strafen und schwenken im nächsten Moment bereits um, auf den Punkt: Nur die NPD weiß, wie man Kriminelle bekämpft! Allein Ihr Schlusssatz spricht doch Bände: Am bes-

ten alle Ausländer raus! Bleiben Sie doch fair und beim Thema – unsere Zuschauer merken's doch eh.“

Die Hauptsache als Nebensatz tarnen heißt übrigens Columbo-Technik, das heimliche Verschieben des Hauptpunkts wird korrekt Diversion genannt (Sie können auch sagen Ausweichmanöver).

Mehr an rhetorischen Tipps und Tricks

geben wir in Teil 2; z. B. wie Sie mit fairen Mitteln persönliche Angriffe für sich nutzen. Teil 2 wird ein „Kampftraining“ sein. Ein Kampf gegen jenen Typ Dummheit nämlich, den Heinrich Heine mal so beschrieb: „Das ist schön bei uns Deutschen: Keiner ist so verrückt, dass er nicht einen noch Verrückteren fände, der ihn versteht.“
Christian Waclawczyk

Ausschreibung: WETTBEWERB 2008 „DIE GELBE HAND“

Mitmachen und gewinnen

Bereits zum vierten Mal schreibt der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aus. Alle Schülerinnen und Schüler von Berufsschulen, Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen und Mitglieder von Gewerkschaften sind aufgerufen, Beiträge gegen Ausgrenzung, Rassismus und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt einzusenden. Machen Sie mit und gewinnen Sie attraktive Preise.

... gegen Ausgrenzung und Rassismus

Gesucht werden Beiträge jedweder Art. Sie sollen andere dazu ermuntern, selbst gegen Rassismus und für Gleichberechtigung aktiv zu werden. Dazu muss weder viel Zeit investiert werden noch ist großes technisches Know-how erforderlich. Viel wichtiger ist es, einen kreativen Zugang zum Thema zu finden und dadurch couragiertes Handeln erfahrbar zu machen. Die Darstellungsformen können frei gewählt werden. Hierfür bieten sich eine Fülle von Möglichkeiten an.

Zum Beispiel:

- die Dokumentation eines Projektes
- Aufsätze, Reportagen, Interviews
- ein Film, Fotos bzw. eine Fotostory, eine Ausstellung
- ein einfaches Computerspiel oder eine Animation
- ein Logo für eine Kampagne
- Songs
- Plakate, Postkarten, Bilder, Collagen
- und, und, und ...

Ideen und Anregungen finden Sie unter:
www.gelbehand.de/wettbewerb

Teilnahmebedingungen: Wer kann mitmachen?

Teilnehmen können Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen, Schülerinnen und Schüler aus Berufsschulen und alle Jugendlichen, die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden – aus dem gesamten Bundesgebiet. Das sind beispielsweise:

- Azubis eines Jahrgangs mit ihren Ausbilderinnen und Ausbildern,
- Klassenverbände an Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungszentren mit ihren Lehrerinnen und Lehrern,

Verein MACH MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Was ist die Gelbe Hand?

„Mach meinen Kumpel nicht an“ engagiert sich schon seit über zwanzig Jahren gegen Rassismus und tritt für die gleichen Rechte für alle ein. Die Ursprünge des Vereins



liegen in der Aktion „SOS racisme“, die in den 1980er-Jahren in Frankreich entstand.

Unter dem Logo der Gelben Hand wurde 1986 von der Redaktion des Gewerkschaftsmagazins „ran“ und der Gewerkschaftsjugend schließlich „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. gegründet. Die Gelbe Hand wurde im Laufe der Jahre immer mehr zum übergreifenden Symbol gegen Fremdenfeindlichkeit. Damit kann Jede und Jeder in der Öffentlichkeit zeigen: „Ich bin gegen Rassismus!“

- Arbeits- und Projektgruppen aus Berufsschulen, Betrieben und Verwaltungen,
- Jugend- und Ausbildungsververtretungen (JAV),
- gewerkschaftliche Organisationen oder ähnliche Initiativen.

Sie alle sind aufgerufen, sich zu beteiligen und mit einem Beitrag ein kreatives Zeichen zu setzen: gegen Rassismus und für ein solidarisches Miteinander. Bedingung für die Teilnahme am Wettbewerb ist der Bezug des Beitrages zur Arbeitswelt. Das Alter der einzelnen Teilnehmenden spielt keine Rolle.

Was ist sonst noch wichtig?

Die Teilnahme am Wettbewerb setzt das Einverständnis voraus, dass wir über das Projekt berichten und es im Internet veröffentlichen dürfen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Einsendeschluss für Wettbewerbsbeiträge ist der 31. Oktober 2008. Es gilt das Datum des Poststempels.

Die Preisverleihung findet Anfang Dezember in Hannover statt.

Preise: Für die ersten drei Preise werden Geldpreise vergeben. Für den 4.-10. Preis gibt es Sachpreise.

Urkunden: Für jede eingereichte Arbeit gibt es eine Urkunde, auf der alle Teilnehmenden eines Projekts aufgeführt sind und die Teilnahme am Wettbewerb bestätigt wird.

Sonderpreise: In diesem Jahr wird für Teilnehmende aus Niedersachsen ein Sonderpreis des Ministeriums für Inneres, Sport und Integration vergeben. Der Sonderpreis NRW der DGB Jugend wird zum zweiten Mal ausgelobt.

Genauere Informationen zum Wettbewerb, etwa die Höhe der Preisgelder, das Datum der Preisverleihung oder Anregungen für einen Beitrag finden sich unter:
www.gelbehand.de/wettbewerb



Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft

Am 2. und 3. Juni 2008 fand in Leipzig der 13. Deutsche Präventionstag statt. Unter dem Thema: „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft“ diskutierten rund 1.800 Experten aus 33 Ländern über Möglichkeiten der Kriminalprävention. Der Kongress gilt als größter seiner Art in Europa.



Großes Interesse während des gesamten Präventionstages für das Angebot und die Gespräche am Stand der GdP.

In der Eröffnungsveranstaltung sprach der Innenminister des Freistaates Sachsen, Albrecht Buttolo, zur Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements. Seines Erachtens könne keine demokratische Gesellschaft auf Dauer Sicherheit gewährleisten, ohne dass die Bürger mit ihrem Engagement dazu beitragen. Der Staat sei auf die Mithilfe seiner Bürger angewiesen.

Der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), Christian Pfeiffer, mahnte Änderungen in der Bildungspolitik an. Gerade in der Früherkennung z. B. innerfamiliärer Gewalt liegt nach seiner Auffassung eines der Hauptziele der Kriminalprävention. Er wies u. a. auf die „Medienverwahrlosung der Randgruppen“ hin. Als Lösungsansatz empfahl er in diesem Zusammenhang Ganztagschulen. In seinem Vortrag widmete er sich auch den Problemen der Hauptschule und der Hauptschüler. Er forderte dazu auf, nicht alle Problemfälle in die Hauptschule zu stecken. Eine Integration dieser Problemfälle in andere Schulformen sei dringend angesagt. In Bezug auf das bürgerliche Engagement appellierte er



Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner während der Eröffnungsveranstaltung des 13. Deutschen Präventionstages in Leipzig.

Fotos (2): Heiko Preller foto+film Hannover

dahingehend, dass sich dieses gezielt an männliche Jugendliche aus den unteren Bildungsebenen richten müsse, vor allem aber an Migranten. Daneben warb er für Bürgerstiftungen und stellte die Bedeutung der Beiträge jedes einzelnen Bürgers für die Prävention heraus.

Die insgesamt ca. 100 Experten, die an den zwei Tagen in Leipzig auf Foren und in Vorträgen zum Thema „Prävention“ sprachen, deckten ein breites Themenspektrum ab: angefangen von der Alkoholprävention gegen das so genannte „Koma-Saufen“ von Jugendlichen – einem Thema, dem sich die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Elisabeth Pott, widmete – über sexistische Hip-Hop-Musik und Gangsta-Rap, Zivilcourage in der Gesellschaft (wann wird geholfen und wann eher nicht), Möglichkeiten und Chancen der Mediation in der Prävention, ehrenamtliche Mitarbeit in der Bewährungshilfe, bis hin zur Evaluation des Hessischen Freiwilligen Polizeidienstes.

Ob die Initiative „Kraft gegen Gewalt – Sportler setzen Zeichen“, das Projekt „Sicherheit im öffentlichen Personenverkehr“ der Bochum Gelsenkirchener Straßenbahn (BOGESTRA) oder die „Jugendhilfeeinrichtung Trainingscamp Lothar Kannenberg“ – die Informationsmöglichkeiten an den Projekt- und Ausstellungsständen waren sehr vielfältig und boten sowohl Fachleuten wie interessierten Besuchern die



13. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

gleitenden Ausstellung vorstellten, war auch die Gewerkschaft der Polizei vertreten. Wie schon auf den zurückliegenden Präventionstagen in Nürnberg und Wiesbaden war die GdP in diesem Jahr wiederum mit einem Stand präsent, der reges Interesse fand. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus der Polizei, aber auch viele Interessierte aus dem nicht-polizeilichen Präventionsbereich, richteten sich mit ihren Fragen hauptsächlich zum Thema Prävention aber auch zur Arbeit der Polizei und der Gewerkschaft der Polizei an die Standbesetzung. Auch der GdP-

Bundvorsitzende, Konrad Freiberg, war auf dem Präventionstag präsent und stellte sich den Fragen interessierter Kolleginnen und Kollegen, der Besucher und Pressevertreter.

Als Ergebnis des 13. Deutschen Präventionstages wurde die so genannte Leipziger Erklärung veröffentlicht. Sie basiert auf einem Gutachten von Dr. Wiebke Steffen vom Bayerischen Landeskriminalamt München. Darin wird zum Ausdruck gebracht, wie wichtig bürgerliches Engagement auch für die Kriminalprävention und

die Verminderung von Kriminalitätsfurcht ist. Die darin verborgenen Potenziale gelte es für die Kriminalprävention zu nutzen. Gleichzeitig gelte es, weitere Möglichkeiten des Engagements zu eröffnen, dem Bedürfnis derjenigen, die sich engagieren, nach Selbstbestimmung und Mitgestaltung zu entsprechen, Projekte und Maßnahmen zu evaluieren sowie Netzwerke und Infrastrukturen aufzubauen.

Der 14. Deutsche Präventionstag wird im kommenden Jahr in Hannover stattfinden.

Andreas Nowak



Erfolgsbilanz der GPEC 2008 in München fortgeführt

Die GPEC General Police Equipment Exhibition & Conference ist eine Spezialmesse für Polizeiausrüstung, Sicherheitstechnik und Dienstleistungen ausschließlich für Besucher aus Sicherheitsbehörden. Sie findet seit dem Jahr 2000 alle zwei Jahre in Deutschland statt – diesmal vom 3. bis 5. Juni 2008 erstmals in den Münchner Messehallen. Schirmherr war Staatsminister Joachim Herrmann, Innenminister des Freistaates Bayern, Veranstalter die Exhibition & Marketing Wehrstedt GmbH. Die GdP war zum ersten Mal mit einem eigenen Info-Stand, an dem sich auch der Landesbezirk Bayern präsentierte war, dabei.

524 Aussteller aus 28 Staaten zeigten ihre Produkte in zwei Messehallen. Vom Streifenwagen über die Schutzkleidung, Waffen bis hin zu Hard- und Softwarelösungen, konnten die Besucher die neuesten Entwicklungen in Augenschein nehmen. Ein umfangreiches Rahmenprogramm, Fachvorträge von Ausstellern und Behörden sowie praktische Präsentationen und Instruktionen rundeten die dreitägige Veranstaltung ab.

Produkte-Querschnitt

Eine neue Lampentechnologie, mit der forensisch relevante Spuren mittels Lichtwellenleiter nachgewiesen werden können, neueste Funkstreifenwagen, Pistolen, Maschinenpistolen und Sturmgewehre, Videotechnik für Ermittlungsbehörden – z. B. komplette Observationsysteme (Observationsfahrzeuge, Container in diversen Ausführungen), Mobotix-Kameras (digitale Megapixel-Kameras, die deutlich mehr Details aufzeichnen als herkömmliche analoge Videoüberwachungskameras) und Drogenschnelltests für Speichel und Urin mit Auswertungssystemen und einem Datenbankmanagementsystem sind nur einige herausragende Produkte. Darüber hinaus präsentierten sich Firmen mit innovativen Kommunikationslösungen, die sich auf dem Gebiet eines bundesweit einheitlichen digitalen Funknetzes engagieren und aktive und kompetente Rollen sowohl in der Entwicklung des TETRA Standards gespielt, benutzerfreundliche Anwendung und wesentlich moderne Funkverbindungs-lösungen beeinflussen haben.

Mit dem Produkt „mPol (mobile Polizei)“ präsentierte die hessische Polizei ihre bereits seit einigen Jahren im Besitz befindliche notwendige Technik, um mit unter-

schiedlichsten mobilen Standardgeräten (Notebook, CarPC, PDA) über diverse Übertragungsmedien mobile Datennetze orts- und zeitunabhängig einen zuverlässigen und sicheren Zugang zum Polizeinetz herstellen und auf alle taktischen Anwendungen online zugreifen zu können. Durch den Einsatz hochmoderner Satellitentechnik kann der Zugriff auf die Anwendungen auch in Regionen ohne Mobilfunkabdeckung oder bei Netzausfall erfolgen.

Im Rahmen des erweiterten Aufgabenspektrums zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus haben sich die Anforderungen an die Fähigkeiten von Einsatzkräften deutlich erhöht. Wirkungsvolle Lösungen für den Schutz von Polizei- und Einsatzkräften wurden auf dieser Messe ebenso präsentiert wie Lösungen für Fallermittlung und Analyse im Bereich Organisierte Kriminalität, Terrorismus und Wirtschaftskriminalität – bis hin zur Unterstützung der vernetzten Fallbearbeitung (auf Wunsch mit zahlreichen kriminalpolizeilichen Komponenten wie Module für Kommunikationsüberwachung, Asservatenverwaltung, Spu-

rensicherung, DNA-Spurenverwaltung, polizeiliches Meldesystem usw.).

Auch die polnische Polizei war mit einem eigenen Info-Stand vertreten. Die polnische Polizei erfährt derzeit nämlich eine große technische Modernisierung um die Effektivität zu steigern und um ein erfolgreiches Handeln und die Sicherheit der Polizeibeamten zu stärken. Die dafür notwendigen Geldmittel wurden in dem Programm der Modernisierung der polnischen Polizeidienste für den Zeitraum von 2007 bis 2009 abgesichert. Eine Fortsetzung des Modernisierungsprogramms ist für die Jahre 2010 bis 2012 vorgesehen.

Dabei wird nicht nur die Modernisierung der polizeilichen Verkehrsmittel und der Verbindungssysteme der Telekommunikation und der lokalen Computernetze angestrebt, sondern auch eine Neuausstattung der Computer-Arbeitsplätze



Die geschäftsführenden Landesbezirksvorstände von Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg führten ihre Vorstandssitzungen, aber auch eine gemeinsame Sitzung in den Räumlichkeiten der Messe München durch. Sie nutzten die Gelegenheit, sich auf der Messe auch einen aktuellen Überblick zu verschaffen. Dabei waren sie auch zu Gast am Stand der Gewerkschaft der Polizei.
Foto: Bernd Fink

durchgeführt. Ferner erfolgt ein umfangreicher Austausch der Uniformen, Schutzausstattung und Waffen. Der Hauptkommandant der polnischen Polizei hatte auf der GPEC zu einer Konferenz „Technische Modernisierung der polnischen Polizei für 2007 – 2009 und Beschaffungspläne für 2010 – 2012“ eingeladen.

Nach drei anstrengenden Tagen für die Aussteller schloss die GPEC am 5.6.2008 um 17.00 Uhr ihre Pforten.

Horst Müller



Es muss nicht immer Kaviar sein

Bei polizeilichen Einsätzen sind neben der Qualität der Ausstattung Verpflegung und Unterbringung Schwerpunkt der Arbeit der Gewerkschaften und Personalräten.

In den letzten Jahren konnten einige Fortschritte verzeichnet werden. Die Einforderung des Standards des Leitfadens 150 wird offensiv betrieben. Doch eine Ausweitung der Versorgung durch eine vom Bundesvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe stellte grundsätzliche Defizite fest.



Gute Versorgung – wie hier beim Fußball-WM-Einsatz 2006 in Dortmund – kann wesentlich zur Motivationssteigerung beitragen.
Foto: Holecsek

Die PDV 100 legt verbindlich fest, dass die Fürsorge für die Mitarbeiter zu den Führungsgrundsätzen gehört. Es ist offensichtlich nicht hinreichend bekannt, dass „Versorgung“ gem. PDV 10 und LF 150 Führungsaufgabe ist. Der Polizeiführer trägt dafür nicht nur die Verantwortung, sondern er entscheidet nach der Beurteilung der Lage über die Versorgung.

Der Charakter eines Leitfadens nimmt allerdings dem in der PDV 100 formulierten Standard die Qualität: Nur all zu gern wird durch die Lücke geschlüpft, der Leitfaden sei keine Vorschrift. Eine PDV entfaltet eine andere Wirkung als ein LF, daher muss der LF 150 zur PDV werden.

Häufig genug unterliegen die Standards unterschiedlichen Interpretationen.

So enthält der LF Angaben zum Mindeststandard, der von den Beauftragten jedoch häufig als Maximalstandard ausgelegt wird.

Das Positionspapier macht an Einzelbeispielen deutlich, dass der bisherige LF 150 überarbeitet werden muss.

- Die Reinigungsfrequenz von Sanitärräumen ist nicht starr zu regeln, sondern vielmehr dem Durchsatz anzupassen.
- Waschzelte sind keine Waschräume
- Reinigung: Die mengenmäßig unzurei-

chende Ausstattung der Einsatzkräfte mit Einsatzkleidung erfordert die Möglichkeit einer Reinigung der Einsatzkleidung innerhalb von maximal 24 Stunden durchzuführen.

Tragende Säule im Einsatz: Verpflegung

Festzustellen ist, dass die Verpflegung immer dort beanstandungsfrei läuft, wo sie mit polizeieigenen Mitteln durchgeführt wird.

Verpflegung ist eine tragende Säule im Einsatz. Dafür muss nicht das Motto „Ohne Mampf kein Kampf“ bemüht werden. Leistungsfähigkeit und Motivation der Einsatzkräfte werden nicht durch „verschimmeltes“ Brot erhalten.

Es muss aber auch nicht immer Kaviar sein. Daher lautet die gewerkschaftliche Forderung: Die Einsatzküchen der Polizei, stationär und mobil, sind zu erhalten und da, wo sie abgeschafft wurden, neu zu installieren.

Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Versorgungskonzepte der Länder und des Bundes angepasst und fortgeschrieben werden müssen.

Der Verpflegungssatz ergibt für die Verpflegung insgesamt ein eigenes Problem. Die Versorgungssätze sind unterschiedlich. Hinzu kommt, dass der Verpflegungssatz auch schon in die Finanzierung von Unterbringungskosten eingeflossen ist.

Im Zeitalter von Dosenpfand werden die Versorger damit noch vor ein weiteres Problem gestellt.

Für die Gewerkschaft ist aus dieser Praxis die Forderungslage eindeutig:

- Ein einheitlicher Versorgungssatz, der auch fortgeschrieben wird und die Teuerungsrate berücksichtigt.
- Die Verpflegungssätze sind ausschließlich für den Produkteinsatz zu verwenden.

Achtung: Tierschutzgesetz bei der Unterbringung

Nach der Verpflegung ist die Unterbringung das zweite große Feld der Versorgung.

Aus dem GdP-Positionspapier:

„Die Orientierungshilfe für eine Unterbringung bei Großlagen ist fortzuschreiben. Dabei gilt es, die Qualität der Unterbringung der Dauer des Einsatzes anzupassen.“

Die Größe der Räume und deren Ausstattung sind entscheidend für die dringend notwendigen Regenerationsphasen.

Der LF150 geht bei der Raumgröße von brutto 4qm pro Person als Mindestgröße aus. Leider werden die im LF 150 definierten Mindestanforderungen immer wieder als Höchstgrenze definiert, mit der Folge, dass die zur Verfügung stehende Nettofläche schon ohne Abzug der Verkehrsfläche auf deutlich unter 4qm sinkt. Platz fehlte für übrige Einrichtungsgegenstände wie Schränke, ausreichend große Tische und Stühle. Beispiel: Ein Bett in der Größe 1m x 2m nimmt bereits 2 qm Fläche in Anspruch. Die veränderte umfangreiche persönliche Ausstattung der eingesetzten Kräfte macht eine Anpassung des Mindestbedarfs notwendig.

Vorgehalten werden müssen abschließbare Räume für die mitgeführten FEM. Darüber hinaus müssen den Einsatzkräften Schränke mit Wertfächern zur Verfügung stehen, in den persönliche Wertsachen verschlossen werden können.

Für Diensthunde und Dienstpferde gibt es großzügigere Regelungen mit Gesetzescharakter (Tierschutzgesetz: 6-9 qm pro Diensthund). Die bisher fehlende Verbindlichkeit des Leitfadens als Vorschrift macht sich hier deutlich bemerkbar.



Im Zeitalter des Klimawandels sind jahreszeitliche Bedingungen keine verlässliche Entscheidungsgrundlage in Bezug auf die qualitative Grundausstattung einer Unterkunft (z. B. grundsätzlich keine Heizung im Sommer erforderlich?). Die raumklimatischen Bedingungen müssen den ganzjährigen Witterungsbedingungen entsprechen.

Betriebs-/Arbeitsmediziner bzw. die Fachkraft für Arbeitssicherheit sind hier bereits bei der Auswahl und der Entscheidung über die Unterbringungsobjekte mit einzubeziehen.

Der psychologische Effekt bei Mehrfachbelegung von Unterkünften bei einem länger andauernden Einsatz findet zu wenig Berücksichtigung. Geeignete „Rückzugsräume“ sind zur Erhaltung der individuellen Persönlichkeit unbedingt erforderlich.

Das Fehlen dieser Möglichkeiten wirkt zusätzlich belastend (Erholungsphasen und Rekonvaleszenzen gehen vor Erhalt des vermeintlichen Aggressionspotenzials).

„**Versorgung ist Führungsaufgabe und kein unnötiger Luxus!**“

Es müssen gesundheitsgerechte Schlafmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, z. B. erhöhter Bedarf an Betten in Überlänge.

Die Unterkunftsräume sind mit geeigneten Verdunkelungsmechanismen auszustatten („Rettungsdecken“ sind keine Verdunkelung).“

Das erarbeitete Positionspapier wurde im Juni vom Bundesvorstand verabschie-

det. Es enthält über die hier beschriebenen markanten Einzelbeispiele auch einen Maßnahmenkatalog für Personalräte.

Im Bereich der Versorgung im Einsatz wurden – vor allem Dank des Engagements der GdP – in der Vergangenheit zahlreiche Verbesserungen erreicht. Doch wir sind damit nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

Vorschriften und Standards müssen den Situationen immer wieder zeitgemäß angepasst werden.

In die Zukunft geblickt heißt dies: Die Vorschriftenlage muss europäisiert werden.

Die GdP wird das Positionspapier an die Innenministerkonferenz herantragen und es wird allen Interessierten auf der GdP-Homepage unter dem Menüpunkt „GdP – unsere Positionen“ zur Verfügung gestellt.

Jörg Radek

ANKÜNDIGUNG

Nicht nur für Polizistinnen

Konferenz der „International Association of Women Police“ vom 6.-11.9.2008 in Darwin, Australien

Die IAWP (International Association of Women Police) ist ein internationales Netzwerk für Polizeibeamtinnen und -beamte. Die Organisation wurde 1915 von Mrs. Alice Stebbins Wells, Los Angeles/Kalifornien, für Frauen innerhalb des Polizeidienstes gegründet, um damals in erster Linie dafür einzutreten, dass sich Frauen in der Polizei auch endlich als „policewoman“ bezeichnen durften und um die Gleichberechtigung in diesem Beruf voranzutreiben. Seit den 70er Jahren wirbt diese Vereinigung auch speziell Männer für eine Mitgliedschaft, da sie der Auffassung ist, dass professionelles Arbeiten nur durch eine funktionierende Kommunikation und durch Zusammenhalt zwischen Männern und Frauen gewährleistet werden kann.

Heute dient diese Plattform IAWP hauptsächlich zum Austausch von Informationen, zum Knüpfen von Kontakten rund um den Globus – dienstlicher sowie privater Natur, aber auch zu Fort- und Ausbildungszwecken.

Jedes Jahr wird eine Konferenz der IAWP an einem anderen Flecken der Erde ausgerichtet und lädt hierzu interessierte und weltoffene Kolleginnen und Kollegen ein. So waren beispielsweise Leeds/Großbritannien (2005), Saskatoon/Kanada (2006) und Denver/USA (2007) die Veranstaltungsorte der vergangenen

Konferenzen. Eröffnet wird das einwöchige Seminar traditionell mit einer Parade. Sie führt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihren Uniformen durch die gastgebende Stadt. Während der folgenden Tage können Kurse unterschiedlichster Themenbereiche und internationaler Referenten besucht werden. Die Spannweite reicht von polizeilichen Themen für Schutz-, Kriminalpolizei und die Justiz (wie Selbstverteidigung, Stalking, Menschenhandel, Umgang mit Migranten, etc.), über die Darstellung einer Abteilung (z. B. der deutschen Wasserschutzpolizei, wie es 2005 in Leeds/Großbritannien der



POMin Myriam Hrazdira, Polizistin vom Polizeirevier Backnang, zur Zeit beim Studium an der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen.
Foto: privat

Fall war), bis hin zu allgemein nützlichen Bereichen wie Rhetorik, dem erfolgreichen Führen eines Mitarbeitergesprächs und Vergleichbarem. Nach meiner Erfahrung bietet das Programm für jeden Geschmack etwas.

Bei der diesjährigen Konferenz in Australien werden u. a. Kurse zum Thema Führen von Mitarbeitern angeboten, aber auch Seminare im Bereich Computerkriminalität und das Internet, Kinderpornografie, alarmierende Trends, terroristische „hot spots“, Aufklärung durch richtiges Vorgehen am Tatort und



ANKÜNDIGUNG

Folgeermittlungen, Schleusung und Menschenhandel sowie Beziehung zwischen Polizei und Medien und einigem mehr.

Zu den Teilnahmevoraussetzungen zählen zum einen die Zugehörigkeit zu Polizei oder Justiz und zum anderen das Be-

herrschen der Konferenzsprache Englisch.

Die nächsten Termine stehen wie folgt fest:

6.-11.9.2008 Darwin/Australien

20.-24.9.2009 Seattle/USA

26.-30.9.2010 Minneapolis,
Minnesota/USA

21.-25.8.2011 Lexington, Kentucky/USA

Wer weitere Informationen möchte, bekommt diese zahlreich über die offizielle Homepage www.iawp.org oder per E-Mail: myriamhrazdira@fhpol-vs.de oder per Post: Polizeirevier Backnang, Aspacher Str. 75, D-71522 Backnang.

Myriam Hrazdira



GdP-Fachtagung „Was tun gegen Jugendgewalt?“

Wenn nach einem langen anstrengenden Tag so gut wie niemand rechtzeitig bei einer Veranstaltung den Saal verlässt, muss es spannend sein. Und so war es: Die Frauengruppe der GdP hatte zu einer Fachtagung geladen, um mit Experten aus Psychologie, Polizei und Jugendrecht zum Thema „Jugendgewalt“ zu diskutieren. Die Referenten beleuchteten das Thema aus den verschiedensten Blickwinkeln und machten deutlich, dass die Bekämpfung von Jugendgewalt nicht nur ein Problem der Polizei, sondern eine wichtige Aufgabe für Eltern, Schulen, Jugendämter und die ganze Gesellschaft ist.



Gruppenfoto während der Fachveranstaltung: v. l. Franziska Haase, LKA Bayern, Dr. Freisleder, Heckscher Klinik München, Christiane Kern, Landesfrauenvorsitzende der GdP Bayern, Dr. Jürgen Heike, Innenstaatssekretär, Harald Schneider, Landesvorsitzender der GdP Bayern.



Bis zum Schluss aufmerksame Zuhörer bei der Fachtagung „Was tun gegen Jugendgewalt?“

Fotos: Bernd Fink

Mit knapp 150 interessierten Zuhörern aus den Bereichen Polizei, Schulen und Sicherheitsbehörden war der Hörsaal der Münchner Bereitschaftspolizei gut ausgelastet.

Dr. Freisleder, Leiter der jugendpsychiatrischen Heckscher-Klinik München, berichtete über die Einwirkungsmöglichkeiten der Psychiatrie und schilderte die Möglichkeiten und Grenzen einer Heimerziehung.

Aus psychologischer Sicht erklärte Hans-Peter Schmalzl vom ZPD den Be-

griff Gewalt und machte darauf aufmerksam, dass Aggression und Gewalt zur Entwicklung von Jugendlichen gehören. Erst wenn diese Jugendlichen nicht lernen, ihr Aggressions- und Gewaltpotenzial zu kontrollieren, wird daraus ein Problem.

Franziska Haase hat sich dem trockenen und ungeliebten Part der Statistik verschrieben. Aber genau dieses Zahlenmaterial machte deutlich, dass sich bei der Anzahl von Delikten Jugendlicher eigentlich nicht viel verändert hat. Hingegen haben sich die Wahrnehmung in der Gesell-

schaft und das Anzeigenverhalten verändert und spielen daher in der Öffentlichkeit eine größere Rolle. Unbestritten ist aber auch, dass im Bereich der Gewaltdelikte eine Verrohung feststellbar ist.

Angela Samietz vom PP München stellte das Projekt ProPER vor. Hier werden jugendliche Intensivtäter erfasst und beobachtet. Derzeit befinden sich 88 Jugendliche in der Datei; davon 34 Deutsche und 54 Nichtdeutsche. Die Referentin relativierte jedoch diese Zahlen: Nach Geburtsland und Herkunft der Eltern gefragt, verringert sich die Zahl der deutschen Intensivtäter auf 10. Hintergründe dafür werden in mangelnder Integration und der sozialen Herkunft vermutet.

Iris Ohain stellte die Arbeit des Kommissariats für Opferschutz und Prävention (K 105) vor. Beim dortigen K wurden verschiedene Projekte und Kurse entwickelt.

Als letzter Referent stellt sich Prof. Dr. Heinz Schöch an das Rednerpult. Er zeigte die Vielseitigkeit des Jugendstrafrechts auf. Während sich das Erwachsenenstrafrecht auf Geld-, Bewährungs- oder Haftstrafen reduziert, bietet das dem Erziehungscharakter verpflichteten Jugendstrafrecht viel mehr Möglichkeiten unterhalb der Haftstrafe. Das beginnt bei Weisungen und Verpflichtungen, die Richter aussprechen können und endet bei Wiedergutmachungen und Jugendarrest.



Danach kommt die Haft, das letzte Mittel der Wahl, das nur im Falle mehrmaliger Wiederholungen angewandt wird.

Als Konsequenz dieses Tages drängt sich für die GdP die Forderung nach

hauptamtlichen Jugendbeamten in ganz Bayern auf. In München gibt es die Institution der Jugendbeamten seit 1970. Aber auch hier ist die ausschließliche Verwendung in diesem Bereich nicht sicher gestellt.

Und noch ein Aspekt wurde auf dieser Veranstaltung sehr deutlich: Jugendliche verlangen andere Polizeiarbeit als Erwachsene. Darauf müssen sich die Kolleginnen und Kollegen einstellen.

Bernd Fink

Hauptamtliche Jugendbeamte gefordert

DP befragte den GdP-Landesvorsitzenden Bayerns nach den Hintergründen für die Forderung nach hauptamtlichen Jugendbeamten:

Als Konsequenz Eurer Fachtagung „Was tun gegen Jugendgewalt?“ fordert die GdP Bayern hauptamtliche Jugendbeauftragte. Was verbirgt sich hinter dieser Bezeichnung?



Harald Schneider Foto: GdP Bayern

Wir wollen in Bayern endlich Vollzugsbeamte haben, die nicht nur nebenbei den

Titel Jugendbeamte tragen, sondern die sich ausschließlich um Kinder und Jugendliche kümmern können. Die Praxis hat gezeigt, dass die Kolleginnen und Kollegen wenig Zeit für ihre Jugendarbeit investieren können, da sie ständig zu Einsätzen gerufen werden und ihrer originären Aufgaben nicht nachkommen können.

In Bayern gibt es diese Jugendbeamten seit 1970. Warum wurden sie damals eingeführt? Wie viele gibt es heute?

Schon 1970 wurde insbesondere in den Ballungsräumen München und Nürnberg erkannt, dass sich die Polizei intensiver mit Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen muss. Gewaltbereitschaft und Drogen spielten damals schon eine große Rolle. Dabei wollen wir den Sozialarbeitern keine Konkurrenz machen, sondern sehen den Einsatz von Jugendbeamten eher als ein ergänzendes Angebot. Es profitieren beide Seiten. Bei den Jugendlichen werden Vorurteile abgebaut und auch die Kolleginnen und Kollegen lernen eher die Handlungsweisen von Jugendlichen zu verstehen. Wie

viele Jugendbeamte in Bayern Dienst verrichten kann ich nur schwer abschätzen. In jeder größeren Polizeiinspektion gibt es Jugendbeamte die allerdings diese Tätigkeit nur nebenbei ausüben.

Die Veranstaltung machte auch deutlich, dass sich Polizeiarbeit hinsichtlich Jugendlicher und Erwachsener wesentlich unterscheiden muss. Was heißt das für die einzelne Kollegin bzw. den einzelnen Kollegen?

Jugendliche müssen anders behandelt werden als Erwachsene. Sie befinden sich in der Entwicklungsphase und sind noch formbar. Es genügt nicht, dass ein Beamter auf einer Dienststelle als Jugendbeamter ausgeguckt wird und er dann mit dieser Aufgabe mehr oder minder alleine gelassen wird. Gerade im Hinblick auf die zunehmende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen sind hier verstärkt auch Fortbildungsmaßnahmen notwendig. Unsere Veranstaltung in München hat deutlich gemacht, dass wir mit dieser Fachtagung genau ins Schwarze getroffen haben. Aus ganz Bayern kamen die Jugendbeamten nach München, um sich die ausgezeichneten Fachvorträge anzuhören.

Das Gespräch führte Marion Tetzner.

GDP-ANGEBOT

GdP-Faltkarte zum neuen Waffenrecht 2008

Jetzt ist sie da, die GdP-Faltkarte zum neuen Waffenrecht 2008. Seit dem 1. April 2008 gilt das neue Waffengesetz, das mit einer Reihe von Neuigkeiten aufwartet, die für den Polizeidienst von Bedeutung sind. Hierzu gehören vor allem die Bestimmungen über das Verbot des Führens von Anscheinswaffen und von bestimmten Messerarten.

Bereits zum vorhergehenden Waffengesetz 2003 hatte die GdP eine Faltkarte ausgegeben. Das Format war extra so gewählt, dass die Faltkarte pro-

blemlos in die Taschen der Dienstkleidung passt.

Die neue Faltkarte folgt dem bewährten Format; sie soll den Kolleginnen und

Kollegen erste Hinweise zu waffenrechtlichen und waffentechnischen Sachverhalten geben, um so zur Handlungssicherheit in der polizeilichen Praxis beizutragen.

Die Verteilung der GdP-Faltkarte zum Waffenrecht 2008 erfolgt über die Landesbezirke und Bezirke.

W.D.



Ich bin mehr wert!

Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern auch im öffentlichen Dienst spürbar

Die Bruttolöhne von Frauen liegen in unserem Land um mehr als ein Fünftel unter denen der Männer – das entspricht einem Lohngefälle von rund 22 %. Laut Sinus Sociovision* halten das mehr als 90 % der Deutschen für eine der größten Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft. Mit dieser geschlechtsspezifischen Verdienstdifferenz steht Deutschland im europaweiten Vergleich (Durchschnitt: 15 %) an viertletzter Stelle. Unter den 17 OECD-Ländern verzeichnen nur Japan und Korea einen größeren Lohnabstand zwischen Frauen und Männern. Mit ihrer Kampagne „Ich bin mehr wert!“ mischen sich jetzt die DGB-Frauen in die aktuelle Debatte zu Entgeltungleichheit in unserer Gesellschaft ein, zeigen Ursachen auf und fordern Abhilfe.

Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern können objektiv begründet sein: durch die einzelnen Personen (Alter, Bildungsniveau, Berufserfahrung), den Beschäftigungstyp (Beruf, Art des Vertrags oder Arbeitsbedingungen) oder auch durch das Unternehmen (Branche oder Unternehmensgröße). Doch durch geschlechtsunabhängige Kriterien oder offensichtlich diskriminierende Praktiken allein lässt sich der in Deutschland von der EU attestierte durchschnittliche Einkommensunterschied von 22 % nicht erklären.

Kulturelle und institutionelle Einflüsse begründen Lohngefälle

Laut EU-Bericht aus dem vergangenen Herbst, spielen folgende Faktoren eine entscheidende Rolle:

- Gleichwertige Arbeit wird häufig nicht mit gleichem Entgelt entlohnt. Berufe und Tätigkeit, in denen überwiegend Frauen arbeiten, werden in vielen Fällen geringer geschätzt, als so genannte „Männerberufe“ – ohne dass dies durch objektive Kriterien gerechtfertigt wäre. So wird bei gleichen Anforderungen an das Qualifikationsniveau Körperkraft oft höher bewertet als Kompetenzen auf dem Gebiet zwischenmenschlicher Beziehungen; oder die Verantwortung für Kapital wiegt bei der Eingruppierung schwerer, als die für Menschen.
- Durch die Berufswahl von Frauen entsteht eine geschlechtsspezifische Trennung am Arbeitsmarkt. Sie beschränken sich auf Tätigkeiten in tendenziell weniger angesehenen oder mager vergüteten Bereichen und sind häufig als Ungelernte oder gering Qualifizierte beschäftigt.



Kein Ersatz für ungleiche Gehälter!

ICH BIN MEHR WERT! DGB

- Diese Geschlechtertrennung wird durch Traditionen und Rollenzuweisungen verstärkt. Sie beeinflussen die Teilhabe der Frauen am Erwerbsleben. Noch immer ist es für Frauen schwieriger als für Männer, Beruf und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Die Berufswahl von Frauen bleibt eng begrenzt, ihre Erwerbsneigung sinkt durch Elternschaft und sie stehen dem Arbeitsmarkt häufig nur in Teilzeit zur Verfügung. Das führt zu unterbrochenen und verkürzten Erwerbsbiographien auf niedrigem Gehaltsniveau.

Beträchtliche Einkommensdifferenz auch im öffentlichen Dienst

„Mittelbare Diskriminierung“ nennen die Fachfrauen in den Gewerkschaften diesen Effekt, der sich in allen Branchen feststellen lässt – auch im öffentlichen Dienst, dessen Tarifwerk transparent und an objektiven Kriterien orientiert scheint. Doch Bund, Länder und Gemeinden haben vollzeitbeschäftigten Frauen im Jahr 2006 durchschnittlich nur 79 % des Bruttoverdienstes gewährt, den ihre männlichen Kollegen erhielten, so die Studie des DIW.

„Kolleginnen fühlen sich nicht unmittelbar diskriminiert, denn die Gehaltsstruktur ist durch Eingruppierungsmerkmale festgelegt. Aber wie sich diese Merkmale für den Einzelnen auswirken, welche Voraussetzungen für eine Höhergruppierung zu erfüllen sind und wie der Leistungsnachweis geführt wird – dabei ist häufig eine strukturelle Benachteiligung von Frauen festzustellen, auch in der Polizei,“ weiß Dagmar Hölzl, Mitglied

Entgeltungleichheit ist mehr als eine rein „monetäre Angelegenheit“: Ungleiche Bezahlung hat eine gesellschaftliche und kulturelle Dimension, wirkt aber vor allem auf der emotionalen, psychischen Ebene der Frauen. Denn ungleiche Bezahlung transportiert die Botschaft, dass die Arbeit von Frauen letztlich doch weniger wert ist als die der Männer.

*Quelle: Sinus Sociovision**

im Geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund) und als Gleichstellungsbeauftragte im Landeskriminalamt Baden-Württemberg auch beruflich mit diesem Phänomen konfrontiert. Und das betrifft nicht nur Tarifbeschäftigte: „Bei den Beurteilungssystemen, die v.a. bei Beamtinnen und Beamten für den Aufstieg in die höheren Besoldungsgruppen von entscheidender Bedeutung sind, ist immer wieder festzustellen, dass die Leistungen von Männern tendenziell besser beurteilt werden als die ihrer Kolleginnen. Angesichts gleicher Eignung und Befähigung sind solche Effekte nur durch die Anwendung mit-



telbar diskriminierender Kriterien bei den Bewertungsmaßstäben zu erklären,“ ist Martina Filla, stellvertretende Vorsitzende der GdP-Frauengruppe (Bund) überzeugt und kann dies mit Zahlen aus ihrem eigenen Landesbezirk NRW eindrucksvoll belegen.

Bundesregierung erwartet deutliche Reduzierung des Lohngefälles

In allen sozialen Schichten, in allen Altersgruppen und bei Menschen aller Bildungsniveaus findet die Bundesregierung Rückhalt für ihr Ziel, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ zu verwirklichen – und sie ist der Überzeugung, durch ihre Maßnahmen mittelfristig eine deutliche Reduzierung des Lohngefälles bewirken zu können: Die Einführung des Elterngeldes, eine freiwillige Vereinbarung zur Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft, Aktivitäten zur Förderung von Frauen in zukunftsorientierten Berufen sowie in Fach- und Führungspositionen sollen dazu beitragen. Die Entwicklung von Entgeltstrukturen, die dem Grundsatz „Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“ entsprechen, hält die Bundesregierung allerdings für eine Aufgabe der Tarifparteien, und will durch einen Leitfaden zur Entgeltgleichheit die systematische Prüfung und Umgestaltung von Tarifverträgen fördern.

Die DGB-Frauen fordern:

- einen neuen Einkommensbericht der Bundesregierung, der dokumentiert, was Frauen und Männer in Deutschland verdienen;
- die Entwicklung von Arbeits- und Leistungsbewertungen, die Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts abbauen bzw. verhindern;
- die Durchsetzung diskriminierungsfreier und transparenter Entgeltsysteme, die gleiches Geld für gleichwertige Arbeit gewährleisten;
- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft;
- ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, das dann hilft, wenn sich die Einzelne nicht wehren kann;
- eine Abschaffung des Ehegattensplittings (Steuerklasse V), das Frauen in die Rolle der zweitrangigen Erwerbstätigen drängt.

Wir wollen, dass Frauen verdienen, was ihre Arbeit wert ist!

Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes

Das meinen auch die Frauen im DGB – und weisen in ihrem Positionspapier zur Entgelt Differenz ausdrücklich darauf hin, das Bund, Ländern und Kommunen eine besondere Verantwortung zukommt, als öffentliche Arbeitgeber die Umsetzung diskriminierungsfreier Entlohnung zu forcieren. Der Anspruch von TVöD und TVL, eine diskriminierungsfreie Bezahlung im öffentlichen Dienst zu verwirklichen, soll daher bei den Verhandlungen zur jeweiligen Entgeltordnung in besonderer Weise berücksichtigt werden. „Gut, dass wir in unserer großen Tarifkommission bereits ein Gender-Team eingesetzt haben, das sich diesem Aspekt der Entgeltverhandlungen in besonderer Weise annehmen kann. Damit sind wir in dieser Frage gut aufgestellt“, so Elke Gündner-Ede, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig und in ihrem Landesbezirk Niedersachsen für Tarifpolitik.

Entgeltgleichheit Schwerpunkt DGB-Kampagne „Ich bin mehr wert!“

Um auch in den Reihen von Arbeitgebern und politischen Entscheidungsträgern die Entgeltgleichheit zum Thema zu machen, gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren und politische Bündnisse zu schmieden haben die DGB-Frauen die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen zu einem Schwerpunkt ihrer Kampagne „Ich bin mehr wert!“ gemacht. „Die derzeitigen Debatten um demografischen Wandel, Geburtenraten und Wahlfreiheit suggerieren, dass eine moderne und engagierte Familienpolitik die beste Gleichstellungspolitik sei. Das greift unserer Meinung nach aber viel zu kurz,“ fasst Claudia Menne, Abteilungsleiterin Frauen und Gleichstellungspolitik beim DGB-Bundesvorstand den Ausgangspunkt der Kampagne zusammen.

Sicher ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiges Thema, um gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verwirklichen. Doch es gibt keinen Automatismus zwischen besserer Vereinbarkeit und sinkender Entgelt Differenz oder steigenden Karrierechancen. Im Gegenteil: Wie bei der Vereinbarkeit oder in der Bildungspolitik müssen auch Entgeltgleichheit und Führungspositionen aktiv erstritten und durch die Anstrengung aller beteiligten Akteure

Die Verdienstunterschiede zulasten von Frauen verschärfen sich mit zunehmendem Alter:

- Frauen bis zu 24 Jahren verdienen 7,8 % weniger als ihre gleichaltrigen männlichen Kollegen.
- Bei der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren wächst die Differenz bereits auf 17,5 %.
- Frauen zwischen 35 und 55 Jahren liegen 22,2 % hinter den Männern zurück.
- Am größten ist der Abstand zwischen Frauen und Männern mit 26,7 % in der Altersgruppe ab 55 Jahren.

Quelle: Sinus Sociovision

ermöglicht werden. Berufstätige Frauen (mit und ohne Kinder) brauchen Entgeltgleichheit, Karrierechancen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur in diesem Dreiklang ist es möglich, endlich gleiche Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt zu verwirklichen.

Arbeitgeber sehen keine Diskriminierung

In einem ausführlichen Positionspapier hat sich auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mit den Ursachen für Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen auseinandergesetzt – und dafür objektive und erklär-bare Sachverhalte aufgefunden gemacht, darunter das Berufswahlverhalten von Frauen, ihre geringe Mobilität und ihre Tätigkeit in Betrieben mit niedrigem Lohnniveau. Eine besondere Rolle spielen nach Ansicht der BDA häufige Berufsunterbrechungen von Frauen und traditionelle Rollenbilder, denen die Arbeitgeber u. a. mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und einer Begrenzung der Elternzeit begegnen wollen. Dass in erster Linie die Arbeitgeber das Prinzip von gleicher Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit anwenden müssen, wie es auch die Europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung einfordert, erschließt sich der BDA offenbar nicht. Weitere Regelungen, um Lohn-diskriminierung zu unterbinden, halten die Arbeitgeber für nicht notwendig.

Anja Weusthoff

Weitere Informationen:

<http://www.dgb-frauen.de/>
www.frauenlohnspiegel.de

* „Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern“ hrsg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008)



Übergänge mit Hindernissen

Was ist los an deutschen Schulen?

Gemeinsamer Unterricht bis zur vierten, zur sechsten oder auch bis zur zehnten Klasse, erschwerter Zugang zu den weiterführenden Schulen, Abitur nach acht oder neun Jahren: Im deutschen Bildungssystem herrscht föderalistisches Chaos. Das verschärft nicht nur soziale Schief-lagen, sondern bedeutet auch Familienstress: Wenn Arbeitnehmer aus beruflichen Gründen das Bundesland wechseln, finden ihre Kinder ein anders aufgebautes Schulsystem vor.

Ein Gymnasium im Ruhrgebiet hat zum Tag der offenen Tür geladen. Hunderte von Eltern durchstreifen zusammen mit ihren neun- oder zehnjährigen Kindern das Gebäude. In der Aula lernen sie den Schulleiter und das Lehrerkollegium kennen, sie besichtigen Sporthalle, Computerraum und Chemielabor. Die jungen Gäste sind am Nachmittag zu Probestunden in Englisch oder Mathematik eingeladen. Doch nur ein Teil von ihnen kann sich berechtigte Hoffnung machen, hier demnächst unterrichtet zu werden. In Nordrhein-Westfalen brauchen sie eine Empfehlung der Grundschullehrerin für das Gymnasium, in anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg entscheidet der Notendurchschnitt.

Der Wechsel zur weiterführenden Schule wird für immer mehr Viertklässler

zu einer enormen Belastung. Das Bemühen der Eltern, zunächst ein Gymnasium zu testen, ist verständlich. Viele Erwachsene wissen aus eigener Lebenserfahrung, dass der Besuch einer Haupt- oder Realschule die beruflichen Möglichkeiten einschränken kann – und ein späterer Wechsel auf große Hindernisse stößt. „Es gibt sie, die Mobilität im deutschen Bildungssystem, aber meist nur nach unten“, kommentiert Klaus Klemm. Der Forscher an der Universität Duisburg-Essen hat für eine Studie über hundert Verordnungen zusammengetragen, die je nach Bundesland den Übergang von einer Schulform in die andere unterschiedlich regeln. Ein „gigantischer bürokratischer Aufwand“ werde da getrieben, kritisiert Klemm – und dieser hat familiäre Folgen: Kinder von mobilen Arbeitnehmern wie etwa Bundespolizisten, die in eine andere Re-

gion versetzt werden, müssen sich auf zum Teil völlig andere schulische Bedingungen einstellen.

Wenig durchlässig

Klemm zufolge wechseln derzeit 14 Prozent der Kinder zwischen der fünften und zehnten Klasse den Schultyp. Doch nur jedes fünfte Kind steigt „nach oben“ auf, 80 Prozent dagegen werden heruntergestuft. Die Realschulen sind entsprechend voll von wenig motivierten Ex-Gymnasiasten. Zwar behaupten Schulämter und Ministerien, jede Schullaufbahn sei korrigierbar. In der Praxis aber ist das dreigliedrige System in Deutschland wenig durchlässig und enthält, wie die Pisa-Ergebnisse gezeigt haben, auch soziale Sprengkraft.

Je nach Bundesland werden die Schüler nach der vierten, nach der sechsten oder auch erst später getrennt. Bildungsexperten glauben, dass dabei nicht nur Begabung oder Können, sondern auch die familiären Rahmenbedingungen entscheiden. So erhalten Kinder aus der Ober- und Mittelschicht dreimal häufiger die Emp-

fehlung für das Gymnasium als Kinder aus Arbeiter- oder Migrantenfamilien. „Untersuchungen haben gezeigt, dass Lehrer vom sozialen Hintergrund beeinflusst werden“, betont Wilfried Bos, Leiter des Dortmunder Instituts für Schulentwicklungsforschung.

Es spielt eine große Rolle, ob die Eltern eines Kindes Ärzte sind oder Hartz IV-Empfänger. Schüler aus finanziell schlecht gestellten Familien haben es deutlich schwerer. Bildungsabschlüsse, so überspitzen die Forscher, würden in Deutschland vererbt: Aus Akademikerkindern werden Akademiker, Kinder von Sozialhilfeempfängern sind später häufig selbst auf staatliche Hilfe angewiesen.

Jeder zehnte deutsche Jugendliche verlässt die Schule ohne Abschluss. Manche von ihnen sind am Ende ihrer Schulzeit kaum in der Lage, richtig zu lesen, zu schreiben und zu rechnen.

Schicksal Schule

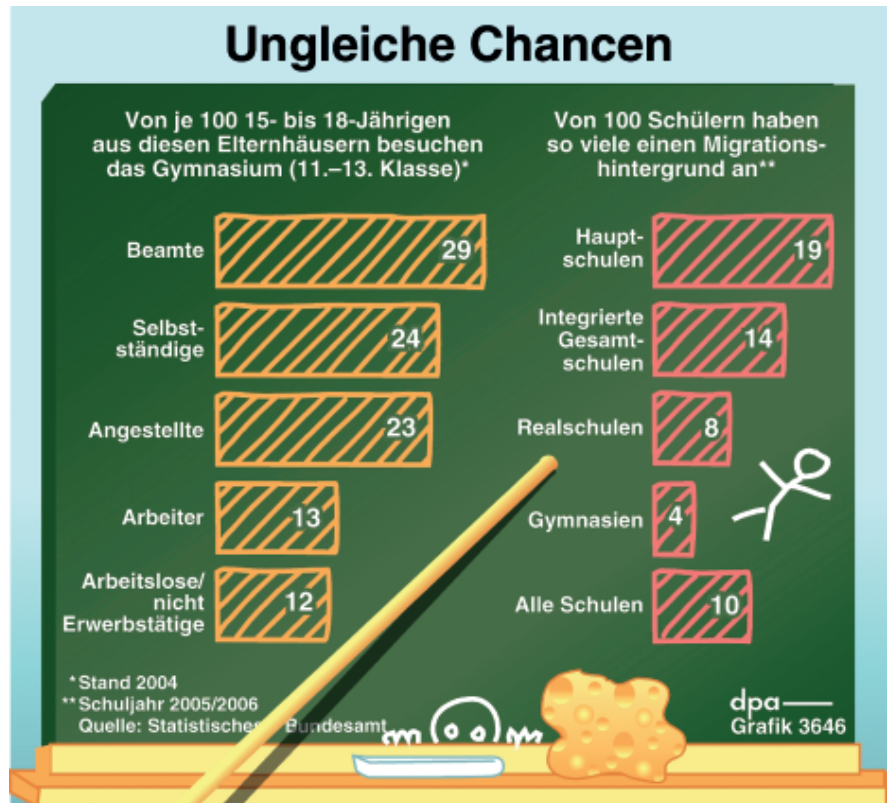
Neben Kindern und Eltern seien auch die Lehrer „Leidtragende eines falsch angelegten Schulsystems, das so stark wie nirgendwo sonst aussortiert“, glaubt

Was ist „G 8“?

In der bildungspolitischen Debatte meint „G 8“ nicht das Treffen der wichtigsten Regierungschefs weltweit, sondern die Einführung des Abiturs in zwölf Jahren. In Westdeutschland haben inzwischen fast alle Bundesländer den Besuch des Gymnasiums auf acht Jahre verkürzt. Den Anfang machten 2001 die Eingangsklassen im Saarland, 2004 folgten Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, 2005 Hessen und Nordrhein-Westfalen. Einen eigenen Weg geht Rheinland-Pfalz, wo die Schüler nach 12,5 Jahren Abitur machen. Eine weitere Ausnahme bilden die Gesamtschulen, die weiterhin 13 Jahre Unterricht anbieten und auch deshalb steigende Anmeldezahlen registrieren.

Renate Hendricks. Die fünffache Mutter und langjährige Vorsitzende des Bundeselternrates fordert dazu auf, das „Schicksal Schule“ nicht einfach hinzunehmen (siehe Buchtip). Sie plädiert dafür, die Kinder nach internationalem Vorbild länger gemeinsam lernen zu lassen. Vom Prinzip der rigiden Auslese im Alter von zehn Jahren hält sie wenig.

Auch die Mitbestimmungsrechte der



Eltern sind je nach Bundesland verschieden. Nordrhein-Westfalen zum Beispiel hat die Möglichkeiten, den Empfehlungen der Grundschule nach der vierten Klasse nicht zu folgen, massiv eingeschränkt. Wenn Eltern ihre Sprösslinge gegen den Rat der Lehrer am Gymnasium anmelden, müssen die Kinder zunächst einen dreitägigen „Prognoseunterricht“ absolvieren. Nur wenn sie in dieser Probephase positiv auffallen, können sie doch noch an die höhere Schulform wechseln. Eine negative Begutachtung im Eignungstest durch die Schulaufsicht hingegen führt zur Ablehnung, dann ist nur der Besuch einer Haupt- oder Realschule möglich.

Die Schule als Sortiermaschine

Die Kinder stehen früh „intensiv unter Druck“, sagt Frank Nonnenmacher, der an der Universität Frankfurt Didaktik der Sozialwissenschaften unterrichtet. Grundschullehrerinnen berichten von besorgten Eltern, die schon in der zweiten Klasse nachfragen, „ob der Sohn oder die Tochter denn auch die Statuspassage nach dem vierten Schuljahr bestehen wird“. Jede Lernkontrolle, jede Klassenarbeit werde so zu einer Quelle von Hoffnungen – oder von Ängsten. Die Schule, so spitzt Nonnenmacher zu, sei „eine ausgeklügel-

te Sortiermaschine, die den Menschen auf einen bestimmten Platz stellt“. Es gehe nicht um Gleichheit, sondern „um Selektionsprozesse“ in einem System, „das die Gesellschaft sich leistet, um Statuszuweisungen formal zu begründen“.

Stress vom ersten Schultag an setzt die Kinder unter Dauerspannung. Schon Acht- oder Neunjährige berichten, dass sie nachts nicht mehr gut schlafen, weil sie fürchten, „die Aufgaben nicht zu verstehen“. Eltern suchen immer früher Hilfe beim schulpsychologischen Dienst – wegen der Angst ihrer Kinder zu versagen. Die Sorgen der Väter und Mütter, ihr Nachwuchs könne abgehängt werden, sind angesichts der starren Strukturen des deutschen Bildungssystems verständlich. Noch verschärft werden sie durch die Verkürzung der Gymnasialzeit, im Fachjargon „G 8“ genannt (siehe Kasten).

Denn das Turbo-Abitur geht in den meisten Bundesländern nicht einher mit einem reduzierten Lehrstoff. 35 Unterrichtsstunden und mehr sind seither die Regel: Bereits am Ende der neunten Klasse sollen die Schüler so viel gelernt haben wie früher erst nach der zehnten Jahrgangsstufe. Mindestens vier Stunden zusätzlicher Unterricht pro Woche lautet die Konsequenz. Übungs- und Wiederholungsphasen fallen einfach weg, erst um



15 oder 16 Uhr kommen die Kinder nach Hause – meist ohne warmes Mittagessen.

Scharfe Töne

Paradox ist, dass auch zahlreiche Eltern einst kürzere Schulzeiten gefordert haben. Doch seit Mütter und Väter am eigenen Nachwuchs die praktischen Folgen beobachten können, ist die Stimmung umgeschlagen. Die Abkehr von „G 8“ war ein wichtiges Thema der letzten Landtagswahlkämpfe, ungewohnt scharfe Töne von Fernsehtalker Reinhold Beckmann traten eine Mediendebatte los. „Das neue System stiehlt den Schülern die Kindheit“, hatte der zweimalige Vater in seiner Sendung gepoltert, dahinter stecke „eine ungeheuer schlampige Reform“. „So macht die Schule unsere Kinder krank“ griff Bild das Thema auf. „Früher fertig“ titelte der Spiegel doppeldeutig, die Zeit witterte gar „Kinderarbeit“ und „Neoliberalismus im Klassenzimmer“.

Andere Kritiker lehnen die Verkürzung der Schulzeit nicht grundsätzlich ab, sondern ihre hastige Umsetzung. Von einer „schleichenden Einführung der Ganztagschule“ spricht Heinz-Peter Meidinger, Leiter eines Gymnasiums im bayerischen Deggendorf und Vorsitzender des Philologenverbandes. Die konservative Lehrerorganisation, die sich in der Vergangen-

heit gegen die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW positioniert hat, wettet sonst gegen Gesamtschulen und befürwortet das dreigliedrige Schulsystem. In die Debatte um den Ganztagsbetrieb aber kommt jetzt Bewegung. „Dann brauchen wir eine ganz andere Rhythmisierung des Unterrichts, Pausen für Sport, Musik, Theater und Leseförderung, wir brauchen Mittagsaufsicht, Hausaufgabenhilfe, Förderlehrer“, schlägt Meidinger neue Töne an.

Ganztagschule auf Umwegen

„G 8“ forciert so das Ende eines deutschen Sonderwegs, der Beschränkung der Schule auf den Vormittag. „Ganztags“ klang hierzulande immer wie „Gesamt“ und galt mit diesem Reizwort bereits als erledigt. Jetzt aber sind die Belastungen der Schüler deutlich gewachsen, weil das Lehrpensum in den meisten Bundesländern kaum ausgedünnt wurde. Flickschusterei und Scheinlösungen helfen nicht mehr weiter, die langfristige Antwort kann nur ein großer Wurf sein: Es geht um eine flächendeckende Umgestaltung.

Erster Schritt wäre der Umbau sämtlicher Gebäude, der nach Schätzungen des Dortmunder Instituts für Schulentwicklungsforschung mindestens 6,5 Milliarden Euro kosten wird. Eine ganztägige Nut-

zung steigert den Platzbedarf: Benötigt werden nicht nur Räume zum Essen, sondern auch zum Ausruhen oder für Freizeitaktivitäten. Mit improvisierten Kantinen und der Einstellung von ein paar Küchenhilfen auf Stundenbasis ist es nicht mehr getan.

Je länger sich der Nachmittag in der Schule ausdehnt, desto mehr sollten sich Lernen, Erholungszeiten und andere Angebote abwechseln, empfehlen Fachleute. Langfristig könnten sich neue Kooperationen mit Betreuungsanbietern, Sportvereinen und Initiativen der Jugendarbeit ergeben. Eine derart reformierte Schule wäre weit mehr als eine pädagogische Einrichtung – und auch ein Fortschritt für die viel beschworene Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im günstigen Fall gibt es am späten Nachmittag und Abend sogar mehr Zeit für ein wirklich entspanntes Familienleben – ganz ohne Hausaufgabenstress.

Thomas Gesterkamp

Buchtipps

Christian Füller: *Schlaue Kinder, schlechte Schulen: Wie Politiker unser Bildungssystem ruinieren – und warum es trotzdem gute Schulen gibt.* Verlag Droemer-Knaur 2008.

Renate Hendricks: *Schicksal Schule. Eine Elternstreitschrift im Interesse der Kinder.* Kallmeyer und Klett im Erhard Friedrich Verlag, Seelze 2006.



URTEIL

Polizeibeamter wegen nicht genehmigter Nebentätigkeit als Internethändler entlassen

Ein Polizeibeamter, der über mehrere Jahre – auch während Krankheitsphasen – einer nicht genehmigten Nebentätigkeit als Internethändler nachgeht und dabei in mehreren Tausend Fällen Waren an- und verkauft, ist aus dem Dienst zu entfernen. Dies entschied der Senat für Disziplinarsachen des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz in Koblenz.

Der im Jahr 1957 geborene Beamte

stand als Polizeikommissar im Dienst des Landes Rheinland-Pfalz. Seit dem Jahr 2003 war er zeitweise dienstunfähig erkrankt und wegen eines vorhergehenden Disziplinarverfahrens für mehr als ein Jahr vorläufig des Dienstes enthoben. In dieser Zeit betätigte sich der Beamte in mehreren Tausend Fällen als Internethändler, ohne hierfür eine Nebentätigkeitsgenehmigung zu besitzen. Er erstand im Internet oder in Sonstiger Weise zumeist neuwertige Ware (vornehmlich Bücher und Bekleidung), die er anschließend mit Gewinn auf der Internetplattform „eBay“ verkaufte. Die An- und Verkaufsaktivitäten führten in den Jahren 2003 bis 2006 zu einem Gesamtumsatz in Höhe von rund 160.000 Euro. Auf Antrag des Landes entfernte das Verwaltungsgericht den Beamten aus dem Dienst. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte diese Entscheidung.

Der Beamte habe über Jahre hinweg eine Nebentätigkeit ohne die erforderliche Genehmigung ausgeübt. Diese Tätig-

keit habe auch deshalb dienstliche Interessen beeinträchtigt, weil der von ihm in großem Umfang betriebene Internethandel dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung schade. Die Allgemeinheit habe kein Verständnis für einen Beamten, der sich neben seiner Besoldung ein zweites wirtschaftliches Standbein schaffe. Außerdem sei die Tätigkeit als Internethändler zum Teil innerhalb eines Zeitraums ausgeübt worden, in dem der Beamte wegen Krankheit keinen Dienst versehen habe. Damit habe er auch gegen seine Pflicht verstoßen, eine rasche Wiederherstellung seiner Arbeitskraft herbeizuführen. Die von dem Beamten begangenen Pflichtverletzungen stellten ein schweres Dienstvergehen dar. Hierdurch sei ein endgültiger Verlust des Vertrauens des Dienstherrn und der Allgemeinheit in eine pflichtgemäße Amtsführung des Beamten eingetreten. Die Entfernung aus dem Dienst sei daher geboten.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Az: 3 A 11334/07.OVG





Vom Streifenwagen auf den Laufsteg

Während 4,5 Millionen Zuschauer die Nerven zerreiende Ausscheidungs-schlacht um „Germany’s Next Topmodel“ durchlitten, (das notwendige Fragezeichen hinter dem Titel hat Pro 7 weggemogelt) konnte die GdP entspannt die Sommerabende im Biergarten genießen und behaupten: „Wir haben sowieso nicht nur die meisten, die klügsten, sondern auch die schönsten Mitglieder!“ Als die 26jährige Kollegin aus Aschaffenburg, Jessica Seifert, im November vergangenen Jahres den Titel „Misses Germany 2007/2008“ der „Miss Germany Corporation (MGC) gegen 16 Mitbewerberinnen um Beinlängen gewann, jubelte nicht nur das Publikum bei der Endausscheidung im mecklenburgischen Linstow.

„Ihr würde ich auch ohne Handschellen folgen“, bekannte ein begeisterter Blogger im Internet und ein anderer: „Ich wünsche mir des Öfteren die Misses Germany im TV zu sehen. Ihre Person strahlt Vorbildwirkung aus, dies sollte außer Schönheit mehr genutzt werden.“ Täglich live erleben können sie Verkehrssünder, Kriminelle und natürlich die Kolleginnen und Kollegen in Aschaffenburg, wo sie seit 2005 im Streifen-dienst „ihren Mann steht“, wie die Bayern versichern.

Jessica, die sich nach dem Abitur aus dem brandenburgischen Spreewald zur bayerischen Polizei bewarb, stand schon früh auf dem Laufsteg. Sie bestand Castings in Serie und verdiente sich damit immer etwas nebenher. Ihr Dienstherr in Bayern genehmigte das Modeling als Nebentätigkeit. „Manchmal ist es sehr stressig, wenn plötzlich ein Termin für ein Foto-Shooting oder eine Modenschau per E-Mail kommt. Dann heißt es: Übermorgen muss du da und dort sein. Aber meine Kolleginnen und Kollegen und auch mein Mann sind sehr verständnisvoll und finden es gut, was ich mache.“

Während die jungen Mädchen unter der Fuchtel von Heidi Klum öffentlich ihrem Traumberuf entgegenzuschluchzen, hat Jessica Seifert ihren bereits ergriffen: „Mein Wunsch war es immer, Polizistin zu sein. Zur Arbeit zu kommen und nicht wissen, was passieren wird, finde ich interessant.“

So überzeugt, wie sie zu ihrem Beruf steht, steht sie auch zu ihrer GdP. Sie ist engagiertes Mitglied der Jungen Gruppe Unterfranken und engagiert sich in der Frauenarbeit. „Es ist schade, dass unter den jungen Kolleginnen und Kollegen gewerkschaftspolitisches Interesse so schwer zu wecken ist.“ Persönliche Anspra-



Als Misses Germany ihren Besuch in Berlin ankündigte, war zufällig in den übervollen Terminkalendern zweier Spitzenfunktionäre noch etwas frei: GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg und Bayerns Vorsitzender Harald Schneider beim Frühstück mit Jessica Seifert im Café Einstein. Fotos (2): hol



che und persönlicher Kontakt seien wichtig. „Man muss reden. Viele sind erstaunt, was wir alles so machen.“

Am Stammtisch der GdP-Frauengruppe, den sie regelmäßig besucht, drehen sich die Gespräche immer wieder um Thema Nr. 1: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Es gibt beruflich kaum Probleme, die sich von denen unserer männlichen Kollegen unterscheiden. Aber den Beruf und das beruf-

liche Fortkommen mit einer Familien-gründung, der Kindererziehung und dem Familienleben unter einen Hut zu bekommen, ist für uns Frauen in der Polizei das Schwierigste. Hierauf sollten wir uns in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit besonders konzentrieren.“

Die Misses-Wahlen von MGC gehen ohne Gekreische und Tränen über den Laufsteg. Anders als bei den traditionellen Miss-Wahlen können sich an diesem Wettbewerb auch verheiratete Frauen und Mütter in Abendkleid und Bademode beteiligen. Jessica überzeugte in einem grünen Abendkleid. Grün ist ihre Lieblingsfarbe. Wer ihr zuhört und zusieht, wie sie unter den neidischen Blicken der übrigen Gäste im Café Einstein Unter den Linden in Berlin zum Frühstück mit ihrer Traumfigur bei einem großen Stück Apfelstrudel mit Vanillesauce „zulangt“, kann sich kaum vorstellen wie sie es schafft, nach einem schweren Verkehrsunfall mit Toten und Verletzten am nächsten Tag in die Glitzerwelt der Catwalks einzutauchen, um am anderen Tag wieder in die Polizei-Uniform zu schlüpfen, um Randalierer zu bändigen oder Betrunkene aus dem Verkehr zu ziehen.

Zumal, nachdem sie bei der Misses-Wahl nicht nur den Titel, sondern auch eine Ägyptenreise und einen zweijährigen Agentur-Vertrag gewonnen hatte. „Das ist sehr praktisch. Ich hatte nie einen Manager und musste mich um meine Aufträge immer selbst kümmern. Das besorgt jetzt die Agentur für mich – zumindest, so lange der Ver-

trag läuft.“ Den Rummel um „Germany’s Next Topmodel“ sieht sie mit distanzierter Skepsis. „Die Mädchen sind noch sehr jung. Wenn sie in dem Beruf bleiben wollen, können sie jetzt viel falsch machen. Die Branche ist sehr kritisch und mag ein solches Buhei eigentlich nicht. Gewinnerin ist in jedem Fall immer die Firma von Heidi Klum.“

Rüdiger Holecek





Gemeinsam gewinnen



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten im Kaffeehaus über ihre Erfahrungen und suchten dort mit Erfolg nach Lösungen.

Werbung von neuen Mitgliedern ist ein Muss, denn nur eine starke GdP setzt sich sehr gut für die Interessen ihrer Mitglieder ein. Und so gewinnen wir gemeinsam, wenn wir uns zusammen für die Verbesserung der Bedingungen in unseren Berufen einsetzen.

Die GdP ist die große Solidargemeinschaft, die starke Interessenvertretung und die weltweit größte Polizeigewerkschaft. Die GdP ist die bedeutsamste Ansprechpartnerin, wenn es um die Interessen der Beschäftigten in der Polizei und der inneren Sicherheit geht. Kompetenz, Sicherheit und Schutz, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit sind die Merkmale, welche die GdP auszeichnen. Zu diesem Ergebnis kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, der Tagung vom 19. bis 21.05.2008 in Wolfsburg.

„Werbung bei Neueingestellten“ – unter dem Motto fand die diesjährige Arbeitstagung der Jungen Gruppe in Kooperation mit der GdP statt. „Ziel der Tagung war es, unsere gewerkschaftliche Arbeit selbstkritisch auf den Prüfstand zu stellen und die GdP für neue Mitglieder attraktiver zu machen. Auch wollen wir uns noch stärker an den Interessen der Mitglieder orientieren und so den Mitglieder-

verlust ganz stoppen“, erläutert Sascha Göritz der Bundesjugendvorsitzende der Jungen Gruppe.

Prof. Dr. Richard Münchmeier Jugendforscher FU Berlin stellte im ersten Teil der Tagung ein Bild der jungen Generation in Deutschland von heute vor: Jugendliche im Alter von 12 – 25 Jahren haben eine kritische Sicht auf ihre Zukunft. Aber sie sind keineswegs resigniert oder verdrossen. So sind zwei Probleme, die ihnen Angst machen, die schlechte Wirtschaftslage/ die steigende Armut und keinen Ausbildungsplatz zu bekommen/Arbeitslosigkeit.

Richard Münchmeier belegte weiter, dass 41 Prozent der Jugendlichen die Partei „keine“ in der Lage sieht, die Probleme Jugendlicher zu lösen und er erklärte, dass Jugendliche wieder mehr politisch

interessiert sind. Jugendliche sind politikverdrossen – aber trotzdem leistungsbereit und sozial engagiert. Ebenso unterliegen sie nach Münchmeier auch keinem Werteverfall. Die Werte Freundschaft, Partnerschaft und Familienleben stehen bei vielen Jugendlichen ganz oben auf ihrer Liste.

Zum Schluss schrieb Münchmeier der GdP noch ins Stammbuch, dass sie für die heutige Jugend gute Mitmach-Angebote braucht, um für sie attraktiv zu sein.

Im weiteren Verlauf der Tagung spielten die Begriffe Solidarität, größte Interessenvertretung ebenso eine wichtige Rolle, wie Nachhaltigkeit und Evaluation. Wichtig war den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor allem, dass die Absprachen, die auf der Tagung getroffen wurden, eine Verbindlich-



Beim Zuhören müssen wir nicht immer sitzen. Die Ergebnisse der Online-Befragung hörten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei einem Saftempfang an.

Fotos: JG

keit haben und sie Anfang 2009 auch auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Der Erfolg der Veranstaltung wird sich an den Werbungen zu den nächsten Einstellungsterminen messen lassen.

Die weiteren Inhalte und Ergebnisse der Arbeitstagung werden im Mitgliederbereich der Jungen Gruppe im Internet (www.gdpjg.de) eingestellt.

JG



Europa ist eine Reise wert

Und zwar nach Malmö – dort trifft sich im Herbst die europäische Gewerkschaftsjugend, um für ein soziales Europa zu kämpfen.

Gewerkschaftsjugend auf ihre europäische Agenda gesetzt hat – dazu gehören: die europäische Beschäftigungsstrategie, gewerkschaftliche Handlungsfelder auf europäischer Ebene, Bürgerrechte in Europa und die Bildungspolitik. Europa muss der Jugend eine Chance bieten. **JG**

Zum Download:
www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/newsletter_soli/soli_extra



Kurz vor Beginn des ersten Sozialforums in Deutschland 2005 demonstrieren Mitglieder des Landesfrauenrats Thüringen auf dem Domplatz in Erfurt für eine geschlechtergerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Foto: Martin Schutt dpa

Check or raise – that’s the question

Unter dem Einsatz „professioneller Dealer“ und dem Eindruck attraktiver Preise wurden Spaß, Spannung und Unterhaltung groß geschrieben. Die Junge Gruppe Niedersachsen hatte zu ihrem 1. Pokerturnier im Juni Kolleginnen und Kollegen nach Hannover eingeladen.



Hoffnung und Erwartung zeichnen diese Gesichter Foto: JG

Der Landesjugendvorstand hatte diese Idee von der Bundesebene aufgegriffen und sich gesagt: „Wir machen das einfach mal – also Schluss mit Schnackern.“ Die TeilnehmerInnen hatten zufriedene Gesichter und sprachen sich für weitere Pokerturniere aus. **SG**

Die Bedeutung von Europa kann man gar nicht unterschätzen: Immer mehr Entscheidungen werden heute auf der europäischen Ebene getroffen, und das gilt für große Konzerne genauso wie für die Politik. Die Gewerkschaften haben erkannt, dass es wichtig ist, auch auf europäischer Ebene handlungsfähig zu sein. Das gilt sowohl für die Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen wie für die Mitbestimmung in den Betrieben, und es gilt auch für die Vernetzung mit anderen Gewerkschaften in Europa. So schließt sich die GdP mit weiteren 33 Polizeigewerkschaften in EuroCOP zusammen.

In den letzten Jahrzehnten ist der Prozess der Europäisierung immer rasanter geworden, die EU hat viele neue Staaten aufgenommen und immer weitere Kompetenzbereiche für sich reklamiert. Junge Menschen wachsen heute nicht nur in einem nationalstaatlichen Kontext auf, sondern als europäische Bürgerinnen und Bürger. Die Idee eines grenzenlosen Europas bietet viele Chancen: Wenn sich junge Menschen zum Beispiel entscheiden, ihre Ausbildung in einem anderen europäischen Land zu absolvieren, dann ist das heute viel leicht-

er als früher. Gleichzeitig aber üben die politischen Trends, die in Brüssel und Straßburg gesetzt werden, einen großen Druck auf die Jugend aus. Mobilität und Flexibilität können nämlich nur positiv gelebt werden, wenn junge Menschen auch die Ressourcen dafür haben. Wir, die Gewerkschaften, beobachten, wie die Idee eines sozialen Europas zu kurz kommt. Flexibilisierung bedeutet – und das insbesondere für die Jugendlichen, die jetzt in den Beruf einsteigen – weniger Sicherheit. Die Konsequenz: Immer mehr junge Menschen arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder finden erst nach langer Zeit einen Einstieg in den Job.

Das Europäische Sozialforum (ESF), das vom 17. bis 21. September 2008 im schwedischen Malmö stattfindet, bietet einen guten Raum, in dem junge Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa ihre Probleme gemeinsam diskutieren und Strategien für eine europäische Gewerkschaftsjugendarbeit entwickeln können.

Die DGB-Jugend behandelt in einer Soli extra die wichtigen Themen, die sich die

MPRESSUM:
 Herausgeber:
 Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
 Stromstr. 4, 10555 Berlin
 Telefon: (030) 39 99 21- 105;
 Fax: (030) 39 99 21 -200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sascha Göritz

Redaktion:
 Fanni Schneider, Marc Behle





Einsatz- und Verfolgungsfahrten

Einsatzfahrten sind gefährlich! Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen zeigen, dass das Risiko, bei einer Einsatzfahrt in einen Unfall verwickelt zu werden, um ein vielfaches höher liegt, als bei Streifenfahrten. Studien aus den USA gehen noch weiter. Sie attestieren den Einsatz- und Verfolgungsfahrten eine schärfere Brisanz als dem Schusswaffengebrauch!

Bei Einsatzfahrten steht meist weit vor dem Spiel. Es geht um die Rettung von Leib und Leben, die Gesundheit Dritter oder um den Schutz bedeutender Sachgüter. Der Streifenwagen muss schnell vor Ort sein. Die Verkehrssicherheit bleibt dabei nicht selten auf der Strecke. Besonders gefährlich sind Einsatzfahrten zur Ergreifung flüchtiger Straftäter.

Eine Verfolgungsfahrt stellt hohe Anforderungen an den Fahrer. Er muss das Fahrzeug und seine Nerven unter Kontrolle halten; die Verkehrssituation korrekt einschätzen und darf gleichzeitig die rechtlichen, taktischen und technisch-organisatorischen Rahmenbedingungen nicht außer Acht lassen.

Dennoch gibt es keine einheitliche Ausbildung, um Einsatzkräfte auf den Ernst-



fall adäquat vorzubereiten. Es sind kaum Standards formuliert. Ein ganzheitlicher Ansatz mit den integrierten Facetten des Rechts, der Technik, der Psychologie und der Taktik scheint in weiter Ferne zu liegen.

Aus diesem Grund organisierte ein Projektteam der „Fachinspektion Fortbildung“ der „Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei“ in Schleswig-Holstein eine Vortrags- und Workshopreihe. In deren Rahmen beleuchteten renommierte Experten die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Diesen Wissensstand griffen Streifenbeamte und Angehörige von Spezialeinheiten auf und verknüpften ihn mit ihren Praxiserfahrungen. Gemeinsam mit Experten der Fortbildung entwickelten sie im Rahmen der Workshops Empfehlungen für höhere Standards in Ausbildung und Praxis.

Dieser Sammelband dokumentiert eine Auswahl der Expertenbeiträge. Weiterhin finden sich im Anhang die zusammengefassten Impulse und Empfehlungen aus den Workshops.

Einsatz- und Verfolgungsfahrten, Stephan Schwentuchowski, Martin Herrnkind, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008, 235 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 978-3-86676-024-0



Erlebnisswelt Rechtsextremismus

Musik, Kleidungsstil, Websites, Konzerte und Aufmärsche – geschickt nutzt die rechtsextreme Szene diese Mittel, um vor allem Jugendliche mit ihrer als Lifestyle getarnten Unterhaltungswelt zu umgar-

nen. In dieser Welt verschmelzen menschenverachtende Botschaften mit den Freizeitaktivitäten der rechten Subkultur. Zunehmend geben sich die Rechtsextremen dabei nicht als solche zu erkennen, sondern erwecken bei ihren Angeboten an Jugendliche einen scheinbar seriösen und unverdächtigen Eindruck und versuchen auf diese Weise, an bereits vorhandene diffuse Vorurteile gegen Minderheiten anzuknüpfen.

Gemeinsam mit der länderübergreifenden Stelle jugendschutz.net machen die Landeszentrale für politische Bildung und das Innenministerium NRW nun mobil gegen das Treiben der rechtsextremen Szene. In dem bundesweit einzigartigen Buchprojekt **Erlebnisswelt Rechtsextremismus** vollziehen sie eine



längst überfällige Untersuchung der gegenwärtigen Aktionen und neuen Formen des Rechtsextremismus in Deutschland. Dabei analysieren sie vor allem Musik und Websites der Szene und stellen Methoden und Ansätze vor, anhand derer der Blick von Jugendlichen für offene und verdeckte rechtsextremistische Propaganda geschärft werden kann. 15 Projekte aus der schulischen und außerschulischen Praxis liefern Anregungen und machen Mut, eigene Ideen umzusetzen. Ergänzt wird der Band durch die beiliegende CD-ROM mit vielen Texten und Materialien.

Erlebnisswelt Rechtsextremismus – Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, Stefan Glaser, Thomas Pfeiffer, WOCHENSCHAU VERLAG 2007, 240 Seiten, 24,80 Euro, ISBN 978-3-89974359-3



Deutsche Polizei

Titel – Foto: ddp

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld

Nr. 7 • 57. Jahrgang 2008 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008



Druckauflage dieser Ausgabe:
173.300 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

